

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorrufen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Wilhelmsstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Teleg.-Adr.: Ullverband Bochum.

Verordnung gegen den Bürgerkrieg! Und was weiter?

Am 28. März wurde auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen. Sie richtet sich gegen politische Ausschreitungen von rechts und links, gegen die systematische Bürgerkriegs- und Mordhege, wie sie in letzter Zeit in Deutschland zur Gewohnheit geworden ist. Die Voraussetzungen des Artikels 48: „Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ liegen zweifellos vor. Kommunisten und Nazis haben von der verfassungsmäßig garantierten Freiheit der Meinungsäußerung, der Versammlungs- und Pressefreiheit einen Gebrauch gemacht, den kein geordnetes Staatswesen ertragen kann.

Der politische Mord ist in Deutschland seit zwölf Jahren an der Tagesordnung. Jahrelang war er „Vorrecht“ der Banditen von rechts. Eisner und Gareis, Erzberger, Rathenau und viele hundert andere Republikaner, Sozialisten und Kommunisten wurden von den Rechtsbolschewisten ermordet, ohne daß Gesetzgebung und Justiz diesen Verbrechern mit der Schärfe entgegengetreten, wie das notwendig und möglich gewesen wäre. Am Ende stimmten Bürgerliche, Nazis und Kommunisten im trauten Verein für eine Amnestie, die bestialische Fememörder ebenso gut freisetzte wie Bestrafte, deren Straftat rein politische oder wirtschaftliche Ursachen hatte.

In den letzten Jahren sehen wir in Deutschland eine Art der politischen Kämpfe, die eine Kulturschande ist. Tag für Tag, Sonntag für Sonntag blutige Kämpfe extremer Gruppen untereinander, Nazis gegen Kommunisten oder umgekehrt, eine von diesen oder beide Gruppen gegen die Polizei, Nazis gegen Reichsbanner usw. Sollte diese Methode nicht in offenen Bürgerkrieg umschlagen, so war ein Eingreifen der Regierung selbstverständlich. Es wird aber sehr viel darauf ankommen, wie eine solche Verordnung durchgeführt wird. Die preussische Regierung erklärte, daß die Verordnung sich nicht richte gegen die Freiheit der politischen Betätigung in anständiger und sachlicher Form. Sie beschränke die Möglichkeit in keiner Weise, sich zu politischer Tätigkeit zu vereinigen oder den politischen Meinungskampf durch die Presse zu führen. Sie wolle lediglich den Mißbrauch politischer Rechte, wie er in letzter Zeit in unerträglichem Umfang geübt werde, verhüten.

„Gewisse, hiermit verbundene Beschränkungen, die kein ruhiger und sachlich denkender Bürger als solche empfinden wird, müssen dabei zur Erreichung des erstrebten Zieles einer Entgiftung und damit wahren Befriedung des öffentlichen Lebens hingenommen werden. Es wird Aufgabe einer gerechten polizeilichen Handhabung der Verordnung durch die zuständigen Behörden sein, jede Kleinliche und dem Sinn und Zweck der Verordnung widersprechende Behandlung zu vermeiden, dagegen in allen Fällen, in denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist, sich der gegebenen Mittel wirksam zu bedienen. Die preussische Regierung wird die zur Sicherstellung einer solchen Anwendung der Bestimmungen erforderlichen Weisungen alsbald an die nachgeordneten Behörden ergehen lassen.“

Die Verordnung selbst und ihre mögliche Handhabung ist so wichtig, daß wir den Inhalt der Bestimmungen kurz wiedergeben:

Alle Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel sind spätestens 24 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes usw. der Ortspolizeibehörde anzumelden. Sie können verboten werden, wenn nach den Umständen zu besorgen ist, daß zum Ungehorsam gegen Befehle oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierungen oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird oder daß Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht oder daß eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes, ihre Einrichtungen und Gebräuche oder Gegenstände ihrer Religionsverehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder daß in sonstiger Weise die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet wird. Statt des Verbotes kann Genehmigung unter Auflagen, d. h. Vorschrift der Erfüllung bestimmter Bedingungen erfolgen. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, Prozessionen usw.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten oder mit Geldstrafe werden Veranstalter, Teilnehmer, Lokalinhaber bedroht, die dem Verbot entgegenhandeln.

Personenfahrten auf Lastwagen, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, fallen ebenfalls unter die Bestimmungen.

Unbefugte Führung einer Schusswaffe, Begehung von Gewalttätigkeiten damit oder Androhung von solchen Gewalttätigkeiten wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft. Ueber die Auflösung von Versammlungen, die Auflösung von Vereinigungen, deren Mitglieder wiederholt gegen die Verordnung verstoßen haben, sind besondere Bestimmungen getroffen. Das Tragen einheitlicher Kleidung für politische Gruppen kann verboten werden.

Plakate, Druckschriften politischen Inhalts sind mindestens 24 Stunden vor der Verbreitung der örtlichen Polizeibehörde

zur Kenntnisnahme vorzulegen. Sie können verboten oder bei Zuwiderhandlung eingezogen werden. Öffentliche Ankündigungen politischer Versammlungen dürfen nur sachliche Angaben über Ort, Zeit, Lokal, Redner, Thema und Eintrittsgeld enthalten.“

Daß die ganze Verordnung eine bedenkliche Sache ist, versteht sich von selbst. Die Regelung war aber nicht zu umgehen, wenn endlich den unerträglichen Gewalttaten im öffentlichen Leben Einhalt geboten, wenn endlich mit der unverantwortlichen Mordhege, mit den politischen Morden ein Ende gemacht werden sollte. Alles kommt nun, wie gesagt, auf die Art der Handhabung an. Sie liegt in Händen der Länder und wird von diesen auf die polizeilichen Organe der Bezirke und Orte übertragen. Damit ergeben sich Möglichkeiten von Mißgriffen, von parteilicher Anwendung auch gegen politische Bestrebungen, die in einwandfreier Form auftreten. Sache der politischen Organisationen wird es sein, dafür zu sorgen, daß der politische Kampf sich in anständigen Formen vollzieht, dann darf gegen sie nichts unternommen werden.

Die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit werden von der Verordnung im allgemeinen nicht bedroht. Öffentliche gewerkschaftliche Demonstrationen fallen auch unter die Bestimmungen. Bei der Art und Weise, wie solche offiziellen gewerkschaftlichen Demonstrationen bisher durchgeführt wurden, ist wohl nicht zu besorgen, daß hier eine unzulässige Einschränkung erfolgt. Die Vorschriften über Annahme müssen natürlich von den Gewerkschaften auch befolgt werden. Gewerkschaftliche Druckschriften, Flugblätter usw. sind nicht politischen Inhalts, auch wenn sie sich mit wirtschaftlichen oder sozialpolitischen Fragen beschäftigen. Nützlich wird es aber sein, über die Anwendung der Verordnung in bezug auf gewerkschaftliche Veranstaltungen usw. mit den Behörden des Bezirkes oder des Ortes Rücksprache zu nehmen, damit Unstände vermieden werden. Insbesondere ist eine solche Fühlungnahme aus Anlaß der bevorstehenden Maifeier zu empfehlen. Bei den Maifeierdemonstrationen muß natürlich dafür gesorgt werden, daß Plakate usw. ferngehalten werden, die einen Verstoß gegen die Verordnung bedeuten würden. Bei Maßnahmen und Entscheidungen irgendeiner behördlichen Stelle, die von unseren Funktionären für unrichtig gehalten wird, empfiehlt es sich, alles Material sofort der Bezirksleitung zuzuleiten, damit entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

Daß es zu dieser Verordnung kommen mußte, ist Schuld der extremen Gruppen, die in unerträglicher Weise das politische Leben vergifteten und Bürgerkrieg mit Mord und Totschlag führten. Weder Kommunisten noch Nazis haben ein Recht, sich über die Verordnung zu beschweren. Beide Gruppen stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß sie, wenn sie zu

bestimmen hätten, Andersdenkenden überhaupt keine Freiheit der Meinung, der Versammlung und der Presse zugestehen. Sie haben durch ihre Kampfmethoden diese Abwehr des Staates herausbeschworen und sie werden keine Reichstagsmehrheit finden, die ihren Wünschen auf Aufhebung der Verordnung entspricht, es sei denn, daß die Verordnung in einer Weise gehandhabt wird, die nicht zu tragen und zu verantworten ist.

Wenn die Verordnung auf der einen Seite versucht, das politische Leben zu befrieden, so wartet andererseits das Volk auf vernünftige Maßnahmen gegen die entsetzliche Not, unter der Millionen Volksgenossen leiden. Die Forderung unserer Gewerkschaften auf diesem Gebiet: **Einhalt mit dem Lohnabbau, vierzigstündige Arbeitswoche, Sicherung der Sozialfürsorge** sind bekannt. Die christlichen Gewerkschaften haben in der letzten Woche eine ähnliche Rundgebung erlassen. Sie wenden sich darin gegen den Lohnabbau. Sie stellen fest, daß die Einkommensenkung der Arbeitnehmer der Preisentkung voraneilt, daß eine Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten sei und daß deshalb auch von der Regierung Front gemacht werden müsse gegen die von den Unternehmern verlangte zweite Lohnabbauwelle. In bezug auf die Agrar- und Handelspolitik verlangt die Rundgebung, daß ihre Auswirkung auf Reallohn und Beschäftigungsmöglichkeit nicht außer acht gelassen wird. Lohnabbau sei kein Mittel für Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Arbeitszeitverkürzung sei nicht zu umgehen, weil nur durch sie die Arbeitslosenversicherung und die anschließende Fürsorge genügend entlastet und der auf den Arbeitslosen ruhende leibliche und seelische Druck erleichtert werden könne. Die Erhaltung der Sozialversicherung sei angesichts der Unsicherheit der Lage der gesamten Arbeitnehmerschaft ein dringendes Erfordernis. Die Forderung der Unternehmer nach Verschlechterung der Unfallversicherung wird zurückgewiesen, unannehmliche Hilfsmassnahmen für Invalidenversicherung und Knappschaft werden verlangt. Die vorhandenen Notstände seien vom ganzen Volk zu vertreten, deshalb dürfe bei Maßnahmen zur sozialen Leistungsicherung der Opferwille der Arbeitnehmerschaft nicht über Gebühr in Anspruch genommen werden, sondern alle Stände müßten zur Hilfe bereit sein!

Man geht wohl nicht fehl, die unmittelbare Veranlassung zu dieser Rundgebung in dem vermuteten Willen der Regierung zu suchen, auf dem Verordnungswege in Fragen der Arbeitszeit und der Sozialfürsorge vorzugehen. Wir erwarten, daß die Regierung nicht nur in bezug auf die Sicherung der Sozialfürsorge das Notwendige, sondern auch in der Frage der Arbeitszeit Vernünftiges tue. Nichts wäre törichter, als sich auf den Standpunkt zu stellen: Wir sind über den Winter mit den fünf Millionen Arbeitslosen hinweggekommen, jetzt können wir abwarten, was bis zum nächsten Winter wird. Einer solchen Einstellung könnte ein böses Erwachen folgen! Leider war es nach dem verrichteten Ausfall der letzten Reichstagswahl nicht möglich, im Reichstag eine Mehrheit für vernünftige wirtschaftspolitische Maßnahmen zu finden. Sie bleiben nun der halben Diktatur überlassen. Möge diese zu vernünftigen Taten kommen!

Die Vollversammlung des Reichskohlenrats

nahm am 27. März den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft entgegen. Vorher gedachte der Vorsitzende Imbusch der Opfer, die das Jahr 1930 im deutschen Bergbau gefordert hat, sowie der aus den Reihen des Reichskohlenrats durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder.

Die Kohlenlage in Deutschland wie in der Welt zeigte im Jahre 1930 eine wesentlich verringerte Produktion und einen entsprechend gesunkenen Absatz. Auf Einzelheiten, statistische Nachweise usw. kommen wir zurück. In der an den Bericht sich anschließenden Debatte mußte

Kamerad Aug. Schmidt zunächst eine irreführende Bemerkung des Berichts richtigstellen. Der Bericht sagte, daß die Bergarbeiterinternationale kürzlich in Amsterdam gegen die 7¼-Stundenricht Stellung genommen und die Siebenstundenschicht verlangt habe. Sie scheine aber mit der letzten Forderung auf den nachrücklichen Widerspruch des Internationalen Gewerkschaftsbundes gestoßen zu sein. Kamerad Schmolz stellte fest, daß in der Frage der Schichtdauer nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen der Bergarbeiterinternationale und dem Internationalen Gewerkschaftsbund vorhanden sei.

Kamerad Martmöller bezeichnete es als einen Mangel, daß der Bericht nur Tatsachen registrierte, ohne zu einzelnen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Die Organe der Kohlen-gemeinwirtschaft wurden z. B. bei Preisentkungsaktionen ausgeschaltet oder vor fertige Tatsachen gestellt. An der großen Frage, wie man die Krise mildern könne, dürfe die Jahresversammlung auch nicht ohne weiteres vorübergehen. Die Kohlenpreisentkung kam zu spät, war nicht ausreichend genug und wurde unklugerweise vorher angekündigt. Die Abschlüsse der großen Gesellschaften zeigen, daß sie 1930 fast überall dieselbe Dividende wie 1929, zum großen Teil 10 und mehr Prozent verteilt haben. Danach müssen auch 1930 noch anständige Gewinne gemacht worden sein oder es waren erhebliche Reserven vorhanden. Sie hätten benutzt werden können, um die Kohlen-

preise früher und in größerem Maße zu senken. Statt dessen versuchte man die Frage von der Lohnseite her anzugreifen. Die furchtbare Auswirkung der Krise auf die Arbeiterschaft, 150 000 Entlassungen, 10 Millionen Feiertagschichten usw., ist zu einem großen Teil zurückzuführen auf falsche Kapitalanlagen, auf die unnötig gesteigerte Kapazität. Die Leistungsfähigkeit der Werke war selbst im guten Jahre 1929 nicht auszunutzen. Die Jagd nach der Quote war eine Hauptursache dieser Entwicklung. Eine schärfere öffentliche Kontrolle, eine größere Wirksamkeit der gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen erscheint deshalb notwendig. Die Lohnkosten im Bergbau sind gesunken, aber diese Ersparnisse wurden wieder aufgefressen durch den höheren Kapitaldienst. Die massenhaften Entlassungen wirkten sich ungünstig auf die Knappschaft aus und drohen sie an den Rand des Ruins zu bringen.

Dr. Herbig wandte gegen die Vorwürfe Martmöllers ein, daß der Ruhrbergbau keine Preisentkung als Vorleistung gegeben habe in der Erwartung, daß eine entsprechende Lohnentkung folge. Die Selbstkostenentkung mit diesem Mittel sei eine unbedingte Notwendigkeit gewesen. Eine Ueberkapazität bestehe im Ruhrbergbau nicht, eine Leistungsfähigkeit von 125 Mill. To. sei für den Ruhrbergbau unbedingt erforderlich. Zu verschiedenen Zeiten sei der Ruhrbergbau nicht in der Lage gewesen, die an ihn gestellten Forderungen zu erfüllen. 1926-27 konnte die Nachfrage nach Kohlen nicht befriedigt werden, 1929 ging es ähnlich so mit dem Koks. Die gesetzliche Einschränkung von Uebererschichten habe wesentlich zu dieser trüblichen Lage beigetragen. Die Frage der Kapazität sei keine einseitige, sondern eine solche des Schachtes, der Uebertragungsanlagen, der Koferei, der Vorrichtung, der Geldbeschaffung.

Steeger wies unter Anführung von Zahlen auf die gesunkenen Lohnkosten hin.

Martmöller entgegnete Herbig, daß seit 1926 die Anlagen wesentlich erweitert worden seien, daselbe sei der Fall mit den Kofereianlagen im letzten Jahre. Bei Wegfall der Feiertags-

Schichten und Wiedereinstellung der entlassenen 100 000 Bergleute sei die Förderung im Ruhrgebiet mit Leichtigkeit um ein Viertel zu steigern. Der Hauptfehler liege in der übermäßigen Festlegung von Kapital in unnötigen und in unnötig erweiterten Betrieben. Dieser erhöhte Kapitaldienst muß reduziert werden!

Halbfeil unterstrich, daß nach den Angaben der Unternehmer zwar die Gesamtselbstkosten nicht gesunken seien, es sei aber darauf hinzuwirken, daß die Lohnkosten erheblich gesenkt würden. Der größere Kapitaldienst mache über diese Senkung wieder illusorisch. Nach der technischen Seite liege zweifellos eine Hebersteigerung vor, durch welche die kapitalmäßige Belastung zu groß werde.

Kraff wies die Vorwürfe gegen das Reichswirtschaftsministerium zurück, dieses habe Vorschläge zur Preislenkung von den Unternehmern entgegengenommen und sie dann den Gemeinwirtschaftsbehörden zugeleitet. Preislenkung unter die vorgeschriebenen Höchstpreise müsse den Syndikaten immer freistehen.

Direktor Stein widerholte die alte Unternehmerbehauptung, daß die „hohen“ Löhne erst zur Rationalisierung gezwungen hätten. Die Abfallfrage, die Halbenbestände hätten dann weiter dazu beigetragen, die Selbstkosten zu erhöhen.

Dr. Herbig bestritt, daß bei den Kalkülen an der Ruhr eine Hebertkapazität vorliege. Eine strengere gemeinwirtschaftliche Kontrolle sei abzulehnen. Die Erfahrungen der Vergangenheit verlockten dazu nicht. Nach 1919 habe man arbeiterseits die Niederbringung neuer Schäden gefordert, um der Kohlennot zu begegnen, ein paar Jahre später habe man Produktionseinschränkung gefordert. Die Entscheidung über neue Anlagen und über

die Erweiterung von Betrieben solle man dem Unternehmer überlassen, der für die Folgen einstehen müsse.

Dr. Berger bestritt die Richtigkeit der Behauptung im Geschäftsbericht, daß der Kohlenhandel die Preislenkung bis zum letzten Verbraucher weitergeleitet habe.

Zwei Vertreter des Kohlenhandels bestritten diese letzte Behauptung. Man dürfe die Preislenkung im Kleinhandel nicht nur messen an dem Kohlenpreis ab Wert, sondern man müsse auch die Fracht usw. berücksichtigen. Dann ergäbe sich auch nach der Prüfung durch das Reichswirtschaftsministerium, daß die Preislenkung bis zum letzten Rest den Verbrauchern zugute kam.

Markmüller wies noch darauf hin, daß die Arbeiterschaft sich durchaus nicht gegen die Rationalisierung wende, wohl aber gegen planlose Rationalisierung ohne Rücksicht auf die Marktlage, nur beeinflusst von der Quotenjagd. Dadurch kam es zu unnötigen Kapitalfestlegungen, deren Folgen dann aber nicht die Unternehmer tragen wollten, die man vielmehr auf Arbeiter und Konsumenten abzuwälzen versucht. Ein System, das ein Viertel bis ein Drittel der Beschäftigten arbeitslos macht, muß die Folgen tragen oder es ist wert, beseitigt zu werden.

Der Geschäftsführer halte noch eine Darstellung über die Veränderungen in der Sägung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats gegeben, die letzte Entscheidung über die strittigen Punkte muß bis zum Juni erfolgen. Ohne Debatte wurde die Sägung des Syndikats genehmigt, ebenso der Haushaltsvoranschlag des Reichskohlenrats.

Mit Erledigung anderer geschäftlicher Angelegenheiten fand die Vollversammlung ihr Ende.

nung der Großunternehmen nur auf Kosten der kleineren und mittleren Unternehmen erfolgen. In dem Zusammenbruch der kleineren und mittleren Unternehmen ist daher nicht der „Marxismus“ schuld. Es ist vielmehr der kapitalistische Konzentrationsprozeß, der innerhalb unserer Wirtschaftsverfassung dauernd Umwälzungen hervorruft. Das Merkmal dieser Entwicklung aber ist, daß sich die wirtschaftliche Verfügungsmacht immer mehr in wenigen Händen zusammenballt, die wirtschaftliche Abhängigkeit aber immer weitere Volkskreise erfaßt. Während also der Streit um politische Demokratie oder Diktatur die Gemüter beherrscht, wird völlig übersehen, daß die Wirtschaftsmacht des konzentrierten Kapitals und damit die Autokratie der Großunternehmer immer mehr wächst.

Welche Umwälzungen innerhalb eines Jahres (speziell im Bergbau) erfolgten, zeigen nachstehende Zahlen von 1930:

Table with 4 columns: Bergbau, Mit Bergbau verb. Untern., Zahl der Aktiengesellschaften, Gesamt-Nominalkapital in Millionen M.

Wie im allgemeinen, so ist auch im Bergbau die Zahl der Aktiengesellschaften etwas zurückgegangen, während das Aktienkapital bei den rein bergbaulichen um 155 Mill. M. und bei den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen um 149 Mill. M. gestiegen ist.

Ueber das Größenverhältnis der bergbaulichen Aktiengesellschaften untereinander unterrichtet nachstehende Tabelle:

Table with 3 columns: Aktiengesellschaften, Zahl, Kapital.

Wie diese Angaben zeigen, ist im Bergbau der Siegeszug der Groß- und Riesunternehmen besonders stark ausgeprägt.

Geschichtsschreiber und Wirtschaftswissenschaftler können also, die neuesten Ereignisse überbildend, feststellen, daß die Konzentration des Kapitals weiter marschiert. Konzentration heißt Zusammenfassung, in diesem Falle Zusammenballung der kapitalistischen Verfügungsmacht.

Und was bleibt dem Sozialpolitiker zu berichten? In der gleichen Zeit, in der das Kapital sich mehr und mehr zusammenschließt, findet innerhalb der Arbeiterschaft eine beispiellose Zerplitterung statt! Drei bis vier Richtungen reichen nicht mehr aus, es müssen sieben und acht Gruppen sein, die bei den Betriebsratswahlen in Erscheinung treten. Anstatt auf dem Boden der freien Gewerkschaften ein neues Wirtschaftsaufsicht zu erkämpfen und der kapitalistischen Konzentration ein straff organisiertes Gewerkschaftsheer entgegenzustellen, lassen sich viele Arbeiter durch politische Phraseure verwirren. Anstatt zu erkennen, daß sie ihre Unfreiheit und Not dem kapitalistischen System und der autokratischen Wirtschaftsverfassung zu verdanken haben, vergeuden viele ihre Energien mit sinnlosen politischen Zielsetzungen, die nur den Volksfeinden nützen. Nicht die demokratische Staatsverfassung, sondern die kapitalistische Wirtschaftsverfassung muß das Kampfbild der Arbeiterklasse sein. Oder wollen wir soweit kommen, daß demnächst einige Duzend Großkapitalisten Deutschland beherrschen? Was meinst du, Kamerad? J. T.

Die Macht der Großunternehmer wächst.

782 Aktiengesellschaften mit 17,6 Milliarden Mark Kapital. Was tun die Arbeiter?

Fast täglich berichten die Zeitungen von parteipolitischen Krawallen, von politischem Mord und Todschlag. Die Opfer dieses Bürgerkrieges im kleinen sind in erster Linie Arbeiter. Es sind meistens Angehörige der besitzlosen Volkschichten, die, erfüllt von einem parteipolitischen Fanatismus, sich gegenseitig die Schadel einschlagen. Der Boden, auf dem sich diese politischen Gewalttaten abspielen, ist der Kampf um die politische Verfassung. „Kampf der Demokratie!“, „Hinweg mit der republikanischen Verfassung!“, das ist der Kampf um die Nationalsozialisten und der Kommunisten. Beide wollen das System der Diktatur, indem die Nazis ihre Blute nach dem faschistischen Regime in Rom und die Kommunisten ihr Augenmerk nach Moskau richten. Die Republikaner setzen sich gegen diese Diktaturgeleite nach ausländischem Muster entschieden zur Wehr, so daß das politische Gefechtsfeld im wesentlichen von drei Gruppen beherrscht wird. Bei diesem politischen Kampf sind es aber, wie bereits erwähnt, meistens Arbeiter, die, der gleichen wirtschaftlichen und sozialen Schicht angehörend, sich zu einem politischen Bruderkampf verleiten lassen.

Die rohen und gewaltsamen Formen, die dieser politische Kampf um die Staatsverfassung angenommen hat, sind vor allem auf die wirtschaftliche Notlage zurückzuführen. Sowohl die Nazis wie auch die Kommunisten glauben, daß die Aenderung unseres politischen Systems genügt, um bessere wirtschaftliche Zustände aus dem Boden zu stampfen. Vor allem sind es die Nazis, die absolut nicht sehen wollen, daß die Krise eine weltwirtschaftliche Erscheinung und eine Folge des Wirtschaftssystems ist. Allzufrüh neigt man im politischen Tageskampf überhaupt dazu, die wirtschaftlichen Gegenstände und die wirtschaftliche Verfassung zu vergessen. Würden nämlich alle diejenigen Arbeitnehmer, die sich gegenwärtig parteipolitisch bis zum Todschlag befehden, sich auf ihre soziale Lage und die kapitalistische Wirtschaftsverfassung besinnen, dann würden viele mit Schrecken und Scham den Widerstand ihres Tuns erkennen. Dann müßten sich die Kampffronten bald ändern. Denn während im parteipolitischen Kampf die besitzlosen Volksmassen einen regelrechten Bürgerkrieg führen, wächst die Macht des Großkapitalismus ins ungeheure! Während die Arbeiterklasse einen gegenseitigen Vernichtungskampf

führt — man denke nur an die letzten Betriebsratswahlen! —, konzentriert sich das Kapital immer mehr. Während man von allen Seiten die freien Gewerkschaften bekämpft, dehnt sich die Macht der Großunternehmer immer mehr aus.

Zum Beweis hierfür nur ein Beispiel von vielen. Nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts waren in Deutschland vorhanden:

Table with 3 columns: Aktiengesellschaften, Gesamt-Kapital der deutschen AG.

In einem Zeitraum von fünf Jahren haben sich demnach die Aktiengesellschaften um 2040 vermindert. Das in den Aktiengesellschaften erfaßte Kapital ist aber gleichzeitig um mehr als 5 Milliarden Mark gestiegen. Auf Kosten der kleinen Unternehmen hat demnach eine beträchtliche Stärkung der Großunternehmen stattgefunden. Wie weit dieser Konzentrationsprozeß überhaupt gediehen ist, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung. Es waren im Dezember 1930 in Deutschland vorhanden:

Table with 3 columns: Kleine AG, Mittlere AG, Große AG, Zahl, Kapital in Mill. M.

Bemerkenswert an dieser Statistik ist vor allem, daß von den nahezu 11 000 Aktiengesellschaften eine verhältnismäßig geringe Zahl von 782 über ein Kapital von 17,6 Milliarden Mark verfügt. Oder anders ausgedrückt: 7 Prozent sämtlicher Aktiengesellschaften beherrschen 73 Prozent des gesamten Aktienkapitals! Unter diesen Riesunternehmen stehen IG. Farben AG. mit 1100 Mill. M. und Vereinigte Stahlwerke mit 800 Mill. M. Kapital an der Spitze.

Was bedeutet nun der Siegeszug der Großunternehmen im vorstehenden Sinne? Ebenso wie die fortschreitende Entfaltung des Großbetriebes die Vernichtung kleingewerblicher und bürgerlicher Existenzen bedeutet, so kann die riesenhafte Ausdeh-

Jeder Kamerad

hat die Pflicht, im Interesse seiner selbst wie der gesamten Bergarbeiterchaft seinen Verband zu stärken. Also an die Arbeit! Jeder muß ein neues Mitglied werben!

Der Funktionär und Mensch in der marxistisch-sozialistischen Bewegung.

Soeben habe die Bergarbeiterfamilie Arno Kreisling Abendbrot gegessen. Das letzte Arno seine Pfeife in Brand, langte vom Bücherbrett das neue Buch vom „Büchertreue“ herunter und wollte in aller Gemächlichkeit mit dem Lesen beginnen. Da klopfte es an der Tür und herein tritt Johann, der Zeitungsbote vom Verband.

„In Abend!“
„In Abend, Johann. Sag dich! Was bringst du Schönes?“ fragte Arno den Angekommenen.

„Funktionärsführung im heute Abend noch!“

„Was, schon wieder Sitzung!“, ruft Frau Kreisling dazwischen, „das ist ja ganz schlimm jetzt. Man hat den Mann überhaupt nicht mehr zu Hause. Entweder ist er auf der Beche oder in Sitzungen und Versammlungen!“

„Mutter red' nich, das verstehst du nicht!“, fällt Arno ihr ins Wort.

„Genau wie meine Alte, die brummt auch schon immer!“, bemerkte Johann trocken.

„Nu' aber hören Sie mal, Johann, es ist...!“

„Ja ja, Frau Kreisling, ein andermal. Jetzt muß ich weiter!“ Und schon war Johann zur Tür hinaus.

Arno aber legte sein Buch wieder weg, zog sich an und ging zur Sitzung.

Dies ist so ein typischer Moment aus dem Leben eines Funktionärs. Und so geht es allen Funktionären. Wenn sie schon glauben, einen Abend mal frei zu sein, um ein Buch oder die zurückliegenden Zeitungen zu lesen, dann kommt bestimmt wieder etwas anderes dazwischen. Es ist wirklich nicht leicht, Funktionär zu sein, weil das heißt, auf gar manche schöne Stunde im Kreise seiner Familie verzichten.

Nicht jeder kann das. Vielen fehlt die Ausdauer als Funktionär, manchmal auch die feste, innere Heberzeugung. Zu einem Funktionär gehört neben einem harten Kämpfergeiste auch ein Herz voll Liebe, ein fast kindlich-treudiales Vertrauen, Hoffen und Glauben auf ein besseres, schöneres Leben, das Sozialismus heißt.

Aber auch ein Funktionär ist nur ein Mensch. Und daran sollten alle diejenigen denken, die so schnell und gerne Kritik üben, vielfach nur um der Kritik willen. Mag ein Mensch noch so hart sein, wenn man aber immer nur seine Person angreift und die Person mit der Sache, mit der Idee verwechselt, dann wirkt das auf die Dauer auch auf ihn niederdrückend.

Deshalb laßt bitte mehr Menschentum walten. Das bewahrt auch gleichzeitig die Versammlungen vor Mechanisierung und Schematisierung.

Eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaft und Partei ist ja, den Menschen aus der feilenlosen maschinellen Produktionsweise des Kapitalismus herauszureißen und ihn in eine sozialistische Welt einzubauen. Das bedingt aber, daß der Mensch heute schon zum Mittelpunkt der sozialistisch-marxistischen Bewegung wird. Und daß es so ist, daß der Mensch in der sozialistischen Bewegung etwas gilt, beweisen ja die tausenden Anhänger und Funktionäre, die freudig ihre ganze Freizeit der Bewegung zur Verfügung stellen und mitarbeiten am großen Werke, am Sozialismus!

Wohl gibt es auch Funktionen, die sehr real sind. Doch der Funktionär, der bei solch einer Funktion das Ideal mit dem Materiellen richtig zu verbinden weiß, wird keine Funktion ganz ausfallen können und sie nicht nüttern, sondern heilig beibehalten empfinden.

Gar oft bezeichnen Außenstehende und manche Geistliche verschiedener Konfessionen den Marxismus und den Menschen der marxistischen Bewegung als feilenlos und weisensarm. Das ist aber nur Irreführung der Masse. Im Kapitalismus ist der Mensch nur Mittel zum Zweck des Bereicherns, des Profits. In der sozialistischen Bewegung jedoch ist der Mensch selbst der Zweck, um den sich alles dreht, und zugleich das Mittel zur Ueberwindung des Alten und zur Entwicklung und Entfaltung des Neuen.

Keiner der kapitalistischen Religionen hat bisher die physische wie psychische Kraft befaßt, auf den Menschen so einzuwirken, daß durch ihn auch das Leben der Gesamtheit in andere Bahnen gelenkt würde. Der Sozialismus aber erfaßt — als Religion betrachtet — den Menschen in seiner ganzen Weisensie und wirkt dergestalt, daß nicht nur der Mensch in seinem Innern sich wandelt, sondern daß durch das vom gewanderten Menschen ausströmende neue Willen und Wollen auch das Leben selbst,

wie Gesellschaft, Staat und Wirtschaft mit unbedingter Naturnotwendigkeit ein anderes wird.

Sehr schwer fällt es nun heute vielen Arbeitern, die noch nicht zu vollem marxistischem Klassenbewußtsein gereift sind, sich in der jetzigen elenden Wirtschaftslage den idealen Forderungen: „Demokratie und Republik“, unterzuordnen. Das Aufgeben dieser beiden Revolutionserwartungen würde aber dem Arbeiter auch nicht mehr Brot bringen, sondern hätte Verschlechterungen und Beisklandung des Proletariats auf lange Jahre im Gefolge. Wohl könnte es in der Republik heute schon besser um das wirtschaftliche und kulturelle Niveau der Arbeiterschaft bestellt sein, wenn jeder einzelne Arbeiter die Macht einer starken Organisation erkannt hätte. Doch da die Gewerkschaftsbewegung durch die Zerplitterung der Arbeiterschaft längst nicht der Machtfaktor ist, der den Unternehmern in ihren Bestrebungen, die Löhne und die Sozialversicherungen abzubauen, ein herrisches Halt entgegenrufen könnte, so trifft die Schuld der Verelendung des Proletariats jeden nichtorganisierten, abliebsstehenden Arbeiter.

Die augenblickliche Schwäche der Gewerkschaften erkennend und ausnugend, bemühen sich gar eifrig die Kapitalisten und die von ihnen ausgehaltenen Nazis, die ganze Wirtschaftskrise und den wirtschaftlichen Tiefstand des arbeitenden Volkes nicht als ihr, sondern als ein Verschulden der „marxistischen“ Arbeiterbewegung hinzustellen. Das hat den Zweck, die verarmten Volkschichten durch lockende Versprechungen für ihre scheinheiligen nationalen Bestrebungen an sich zu reißen, um dann erneut das Proletariat in jahrelanger Knechtschaft elendig dahinvegetieren zu lassen. Gelinzt es nicht, diesen demagogischen nationalen Phrasenhelden einen Damm entgegenzusetzen, dann könnte wohl die Zeit kommen, in der die Republik nicht mehr der Kampfplatz für den sozialistischen Befreiungskampf wäre. Und dies darf nie und nimmer geschehen. Auch der Gewerkschafter muß klar erkennen, daß nur die demokratische Republik die Grundlage ist, worauf er seine hohen sozialistischen Menschheitsziele verwirklichen kann. Es darf für den Gewerkschafter keinen Stillstand, kein Rückwärts, sondern nur ein Vorwärts zum Ziel geben. Sollen deshalb all die Opfer an Zeit, all die freudige Mühe und Arbeit der Klassenbewußten, marxistisch-geschulten Arbeiter in Partei und Gewerkschaft nicht umsonst gewesen sein, dann gibt es nur ein jähres Festhalten des bisher Er kämpften und ein freudiges Weiterkämpfen durch Demokratie und Republik zum Sozialismus.

Alban Sommer.

Der Handwerker im deutschen Wirtschaftsleben.

P. Z. Die Anzahl der Beschäftigten im deutschen Bergbau geht immer mehr zurück. Die Ursache hierfür liegt weniger in der Wirtschaftskrise, als in der technischen und betriebsorganisatorischen Umstellung im Bergbau. Es braucht deshalb der größte Teil der zur Entlastung kommenden Bergarbeiter, auch für den Fall einer allgemeinen Wirtschaftsbelebung, keine Hoffnung mehr auf Wiedereinstellung zu hegen. In dieser Tatsache allein aber erschöpft sich nicht die ganze Gefahr solcher Entwicklung für die Bergleute. Für sie taucht nämlich nun als neues Problem die Frage auf, wie sie ihren **Nachwuchs im Wirtschaftsleben unterbringen sollen.**

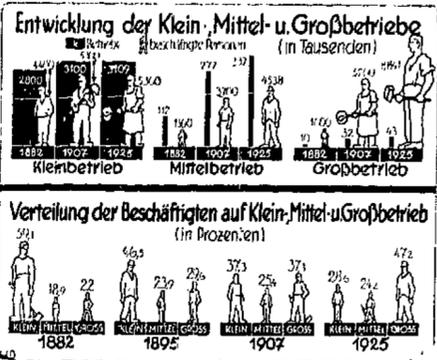
Solange der Bergbau eine — an der Zahl der Beschäftigten gemessen — ansteigende Entwicklung zeigte, war diese Frage leicht zu lösen. Der schulentlassene Bergmannssohn folgte eben dem Vater im Berufe nach. Das ist nun, im Zeitalter eines steten Abbaues der Belegschaften, nicht mehr möglich. Der Bergmannssohn muß anderweitig Unterkunfts- und Lebensmöglichkeiten zu finden suchen bzw. der Bergmann muß seinem Jungen solche Unterkunfts- und Lebensmöglichkeiten schaffen. Aber wie? Das ist die Frage!

Für den Einzelfall können wir hier leider auch nicht helfen. Aber allgemein möchten wir darauf hinweisen, daß die Unterbringung in den großen volkswirtschaftlichen Mechanismus außerhalb des Bergbaues auch nicht leicht ist. Überall stehen die arbeitslosen Massen vor den Fabrikatoren. Es herrscht also scharfe Konkurrenz. Und gerade darauf ist der Bergmann nicht besonders eingestellt. Wir möchten deshalb an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die relativ besten Aussichten immer noch der gelernte, handwerklich und fachlich vorgebildete Arbeiter hat. Es wird gut sein, wenn auch unsere Bergleute das beherzigen. Wo es sich überhaupt ermöglichen läßt, muß der Bergmann seinen schulentlassenen Sohn ein Handwerk erlernen lassen. Eine abgeschlossene Lehrzeit gibt immer noch die beste Gewähr, für den Jungen einmal eine feste Beschäftigungsmöglichkeit zu finden.

Gewiß, es ist kein Garantieschein, was dem Lehrling in seinem Lehrbrief nach abgeschlossener Lehrzeit ausgehändigt wird. Aber zweifellos hat er damit eine gute Chance in der Konkurrenz mit der Gesamtheit der Beschäftigungssuchenden.

Der Wert der handwerklichen Ausbildung ist in der hinter uns liegenden Epoche immer mehr verkannt worden. Das stetige **Anwachsen der Großbetriebe war daran schuld.** Früher hatte das Handwerk ja geradezu eine Monopolstellung inne. Die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb wurde nur gewährt bei Nachweis der Befähigung auf Grund einer Lehr- und Gesellenzeit. Als dann der Erwerb eines Gewerbebetriebes zum Betreiben eines Gewerbes genügte (seit 1810 bzw. 1811), war der Weg zum modernen Großbetrieb frei. Die ganze Bevölkerungszunahme wurde dann vom industriellen Großbetrieb aufgesogen.

Wie diesbezüglich die Entwicklung in den letzten 50 Jahren ging, zeigt nachstehendes Bild:

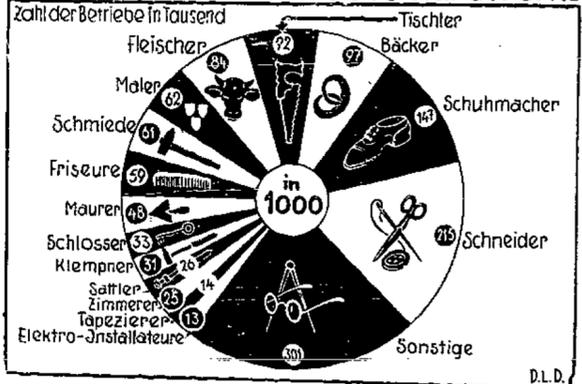


Man ersieht daraus, daß die Anzahl der Klein- und Mittelbetriebe zwar absolut gewachsen ist, zahlenmäßig sogar mehr als die Großbetriebe, daß aber die Großbetriebe unvergleichlich mehr Beschäftigte aufsaugen. So sind heute rund 50 Prozent, also die Hälfte der Erwerbstätigen in Großbetrieben beschäftigt, während im Jahre 1882 noch 60 Prozent in Kleinbetrieben (bis zu 5 Beschäftigten) und 19 Prozent in Mittelbetrieben (bis zu 50 Beschäftigten) beschäftigt waren.

In dem Anwachsen der Großbetriebe aber scheint sich nun das Tempo zu verlangsamen. Ja, wir beobachten darüber hinaus auch eine fortschreitende Verminderung der Beschäftigten in den zur Zeit vorhandenen Großbetrieben. Das hat also ganz natürlich eine Auslese der besten und besonders fachlich vorgebildeten Arbeitskräfte im Gefolge. Das zwingt aber auch schließlich immer mehr zu individueller, also besonders auch handwerklicher Erwerbsmöglichkeit. Und aus diesem Grunde gewinnt die fachliche Ausbildung für die nachwachsende Arbeitergeneration ganz besondere Bedeutung.

Man darf aber heute zur Beurteilung der wirtschaftlichen Unterkunftsbedingungen nicht mehr nur die rein örtlichen und damit zumeist zufälligen Verhältnisse und Bedingungen zugrunde legen. Dies deshalb nicht, weil die Wirtschaft nicht mehr an den Arbeiter heranwächst, sondern der Arbeiter sich seinen Platz unter großen Schwierigkeiten im gesamtwirtschaftlichen Raum suchen muß, da ja überall Ueberschuß an Arbeitern besteht. Deshalb geben wir nachstehend ein Bild, das einen Ueberblick gewährt über die Bedeutung der einzelnen Handwerke, gemessen an der Zahl der in Deutschland vorhandenen Handwerksbetriebe. Erläuternd sei vermerkt, daß unter „Sonstige“ insbesondere fallen: Kupferschmiede, Feilenhauer, Töpfer, Steinhauer, Strohflechter, Schirmmacher usw.

Die Zusammensetzung des Handwerks



Nun muß man wissen, daß die meisten Betriebe des Handwerks vorgenannter Arten wenig Gelegenheit geben für Beschäftigung Dritter (Gesellen). Der Handwerker in der Kleinstadt und auf dem Lande hat meistens keine oder doch nur wenige Gesellen. So erklärt es sich, daß weit über die Hälfte der Handwerksbetriebe in Deutschland Alleinbetriebe sind, daß ferner ein Fünftel der Betriebe nur einen Gesellen beschäftigt und nur ein Sechstel der Handwerksbetriebe mehr als zwei Gesellen. Nur 1,4 Prozent der Handwerksbetriebe in Deutschland beschäftigt mehr als 10 Arbeiter, nur 2 Prozent 6 bis 10 Arbeiter (siehe nachstehendes Bild). Die meisten Alleinbetriebe gibt es im Schuhmacherhandwerk, wo 82 Prozent aller Betriebe keinen Gesellen beschäftigen, dann folgt das Schneiderhandwerk mit 77 Prozent, das Sattlerhandwerk mit 70 Prozent die Tapezierer mit 63 Prozent Alleinbetrieben. Besonders viel größere Betriebe werden in den gemischten Baubetrieben gezählt, wo die Hälfte aller Betriebe mehr als vier Gesellen beschäftigt. Auch bei den Buchdruckern sind die größeren Betriebe stark überwiegend. Der Großbetrieb mit mehr als zehn Gesellen fand noch keinen Eingang bei den Schmieden, den Klempnern, den Sattlern, den Bäckern, Schuhmachern und allen den Betrieben, die sonst oben für die Alleinbetriebe vorherrschend gezählt wurden.

Betriebsgröße im Handwerk



(Die Zahlen verstehen sich in 1000.)

Allgemein aber dürfte auch die handwerkliche Ausbildung heute mehr auf die bessere und leichtere Unterkunfts-möglichkeit in der Industrie gerichtet sein und bleiben. Hier spielt schon die Tatsache eine große Rolle, daß nur in den wenigsten Fällen die Eltern dem ausgerechneten Sohne die Mittel geben können, um sich als Handwerker selbständig zu machen. Der im Handwerk angelernte Geselle hat nun heute hauptsächlich im Gewerbe der Eisen- und Metallbearbeitung, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, in den Bäckereien und Fleischerieen, als Elektroinstallateur, Feinmechaniker und Fahrzeugbauer usw. eine günstige Gelegenheit, in der Industrie eine gute Stellung als Facharbeiter zu bekommen. So wird der größere Teil der im Handwerk gelernten Schmiede, Schlosser, Tischler, Klempner, Elektroinstallateure usw. nicht im Handwerk beschäftigt, sondern in der Industrie. Daraus erhellet die Bedeutung des Handwerks als Erzieher des sachgewerblichen Nachwuchses. Nicht ganz so leicht kommen die Bauhandwerker in der Industrie unter. Sie finden des öfteren zwar Anstellung als Betriebshandwerker, so der Maurer in den Ziegeleifabriken, die Zimmerleute in den Papierfabriken usw. Aber da ja noch fast drei Viertel der Betriebe des Bauhandwerks zum Handwerk zählen, so müssen sie versuchen, im Handwerk unterzukommen.

Schleunigste Sanierung der Reichsnarppschafft ist dringend notwendig.

Seit längerer Zeit ist die Notlage der Reichsnarppschafft den Regierungskreisen bekannt. Vom Vorstand sowie von der Verwaltung dieser Institution, ebenso auch in der Öffentlichkeit wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es der Reichsnarppschafft sehr bald unmöglich sei, die Pensionen an ihre Leistungsempfänger voll zur Auszahlung zu bringen, wenn die Regierung nicht die Mittel zur Sanierung bereitstellt.

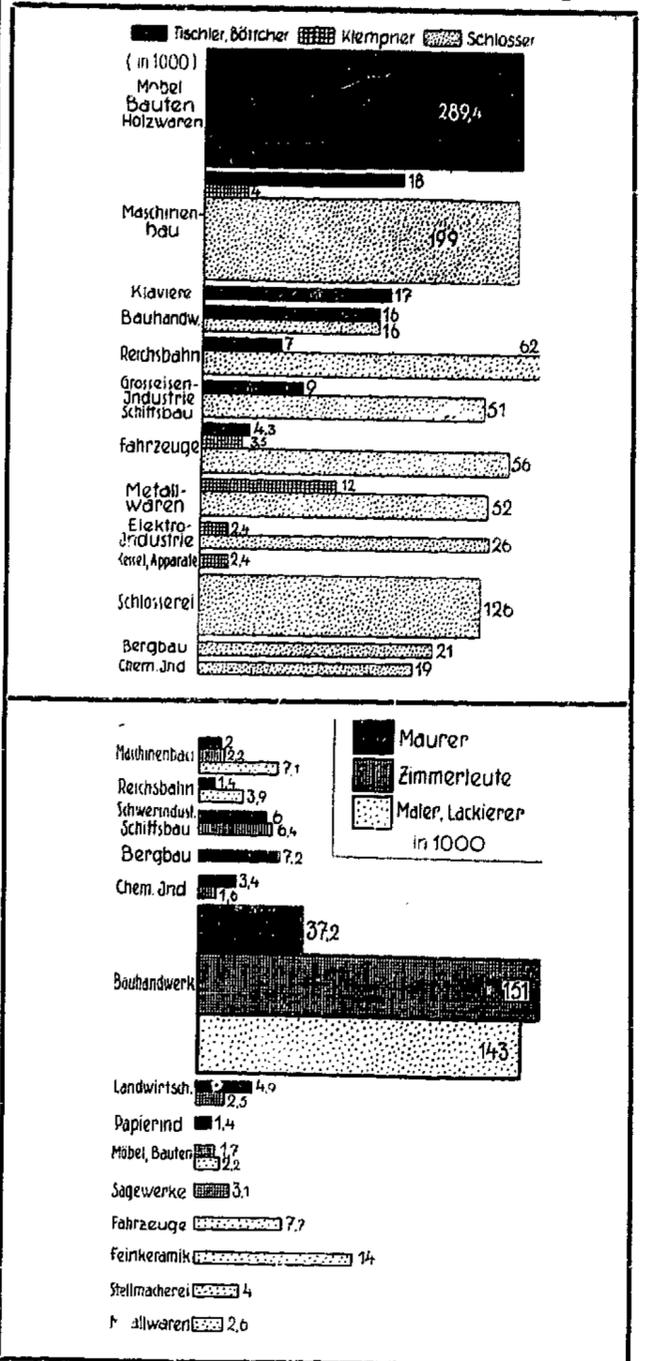
Durch die Not gezwungen, wurden am 22. November 1930 Satzungsänderungen beschlossen, die ein Ersparnis von ungefähr 15 Millionen jährlich bringen werden. Noch weitere Kürzungen vorzunehmen, ging nicht an, da die Pensionen dann nicht einmal die Wohlfahrtsunterstützungen der Gemeinden erreichen würden. Heute ist es soweit gekommen, daß die Reichsnarppschafft nicht mehr weiß, wo sie die Mittel heranzubringen soll, um ihrer Verpflichtung gemäß die Leistungen nach dem Reichsnarppschaffsgesetz an die Pensionsempfänger auszusahlen. Jetzt erst hat die Öffentlichkeit von dieser katastrophalen Lage richtig Kenntnis genommen, da die Reichsnarppschafft wegen Mangels eingehender Mittel Wertpapiere verpfänden mußte, um ihrer Verpflichtung den Leistungsempfängern gegenüber nachkommen und die festgesetzten Pensionen am 1. April 1931 zahlen zu können.

Dieser Zustand ist unhaltbar!

Zwar sollen im Reichshaushaltsetz jetzt 40 Millionen Mark für die Reichsnarppschafft eingestellt sein. Angenommen, diese 40 Millionen fließen der Reichsnarppschafft zu: Ist damit der Reichsnarppschafft über den Berg geholfen? Diese Frage muß verneint werden. Nach den Schätzungen der letzten Monate betragen die Einnahmen der Arbeiterpensionskasse der Reichsnarppschafft im Jahre 1931 rund 100 Mill. M., die Ausgaben dagegen — auch geschätzt — nach den letzten Monatsausgaben rund 200 Mill. M. Es ist daher ein Fehlbetrag von 100 Mill. M. vorhanden. Würden die 40 Mill. M. aus Reichsmitteln der Arbeiterpensionskasse der Reichsnarppschafft voll zufließen, so bleibt immer noch ein Fehlbetrag von 60 Mill. M.

In welcher Zahl und in welchem Verhältnis der einzelnen Handwerke zueinander nun in den einzelnen Industrien beruflich ausgebildete Arbeitskräfte gebraucht werden, zeigen am besten und einprägsamsten die beiden nachstehenden Schaubilder:

Wo werden Handwerker beschäftigt?



Damit glauben wir, eine kleine Orientierungsmöglichkeit gegeben zu haben für alle diejenigen, die vor die Frage der Unterbringung ihres Nachwuchses in der Wirtschaft gestellt sind und nach der besten, das heißt in diesem Falle aussichtsvolleren, sachlichen Vorbildung suchen. Endgültige Entscheidung aber fällt man zweckmäßigerweise immer erst nach Inanspruchnahme der Berufsberatungsämter, die genau über den Stand der Unterkunftsbedingungen und den etwaigen Bedarf an Facharbeitern orientiert sind. Aber auch dann, wenn zufällig kein Bedarf an bestimmten Facharbeitern besteht, soll man die fachliche Ausbildung des jungen Menschen nicht unterlassen, wenn Gelegenheit zur Ausbildung gegeben ist und die Möglichkeit zur Verrichtung von ungelerneter Arbeit nicht besteht.

Dabei geht der Mitgliederstand von Monat zu Monat durch den Belegschaftsabbau zurück, während die Zahl der Leistungsempfänger fortwährend wächst. Es ist daher gar nicht abzusehen, ob das Defizit nicht noch größer wird. Am 1. Dezember 1930 waren noch 577 640 Mitglieder vorhanden, während es am 1. Januar 1931 nur noch 572 648 waren. Der ersten Zahl stehen 274 132 Invalidenpensionseinheiten gegenüber, d. h. im Monat Januar kam auf 2,09 Mitglieder ein Invalide. Im Monat März ist eine weitere Verschlechterung eingetreten, so daß auf 1,91 Mitglieder ein Invalide bei der Reichsnarppschafft entfällt. Es ist also soweit gekommen, daß knapp zwei Mitglieder für einen Invaliden aufkommen müssen. In früheren Artikeln wurde schon betont, woher diese gewaltige Mitgliederabnahme und Zunahme der Leistungsempfänger kommt. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß das Vermögen der früheren deutschen Knarppschaffsvereine durch die Kriegskosten und die Inflation aufgebraucht wurde.

Es ist deshalb Pflicht des Reiches, zu helfen!

Sehr schön gesagt, so wird man in Regierungskreisen sagen, doch wo sollen wir das Geld dazu hernehmen? Man setze analog dem allgemeinen Lohnabbau die Gehälter der Beamten wieder auf den Stand vor 1927, dann sind Mittel genug da, der Sozialversicherung in ihrer Notlage zu helfen. Aus diesen Mitteln wären die Lasten vor 1924 sowohl für die Reichsnarppschafft als auch für die Invalidenversicherung zu tragen. Die neuentstandenen Lasten vom 1. Januar 1924 ab müßten von der Reichsnarppschafft selbst getragen werden, es könnte dann auch eine entsprechende Rücklage angeammelt werden, so daß die Reichsnarppschafft in Zukunft ihren Verpflichtungen nachkommen könnte, ohne daß es eines weiteren Abbaues bedürfte. Die Lasten, die der Reichsnarppschafft vor dem 1. Januar 1924 zugefallen sind, betragen jährlich ungefähr 130 Mill. M. Will man diesen Vorschlag nicht ausführen so bleibt keine andere Wahl als die 60 Mill. M. durch Umlegung auf die Förderproduktion zu tilgen. Wir wissen wohl, daß die ausländische

Kohle mit der deutschen Kohle im starken Wettbewerb steht, doch glauben wir annehmen zu können, daß pro Tonne Förderergebnis immer noch ein ansehnlicher Ueberschuß verbleibt, wenn auch die Summe des Defizits durch Umlegung auf das Förderprodukt geilligt wird. Oder weiß die Regierung andere Wege, ohne die niedrigen Pensionen noch weiter abzubauen?

Es ist höchste Zeit, daß die Reichsnappschafft saniert wird, oder will man warten, bis sie ihr letztes Wertpapier veräußert hat und gänzlich vor dem Nichts steht? Dies wäre unverantwortlich gehandelt und die größte Sünde an den Leistungsempfängern. Deshalb schreite man so schnell wie möglich zur Sanierung, damit zu Pfingsten die Bergarbeiter die Gewißheit haben, daß sie im Alter bei Krankheit und Not ihre Pension den geliebtesten Beiträgen gemäß auch beziehen können.

Die Not drängt, dies zeigen die Zeitungsnachrichten. Das beweist auch eine Eingabe von 68 Städten und Gemeinden des Lausitzer Bergbaugebietes an die Regierung, in der gefordert wurde, die Reichsnappschafft zu sanieren, da bei Fortfallen der Pensionskassenleistungen durch die Knappschafft 2 bis 2,5 Mill. M. mehr von den Fürsorgeverbänden dieser Gemeinden angebracht werden müßten.

Diese Summe entfällt auf den Bereich einer Bezirksknappschafft. Wie möchte es dann erst im ganzen Deutschen Reich ausfallen, wenn die Reichsnappschafft die Pensionen nicht mehr zur Auszahlung bringen könnte?

Aus dieser Tatsache ist zu ersehen, daß die Pensionskasse der Reichsnappschafft den Gemeinden für die pensionierten Bergarbeiter die Fürsorgekosten abnimmt. Schon deshalb müßte die Regierung eingreifen, um die Knappschafftsversicherung auf längere Sicht davor zu bewahren, die Pensionen entweder beträchtlich abzubauen oder ganz zugrunde zu gehen.

Wir warnen davor, die Reichsnappschafft langsam absterben zu lassen, denn schnell sind Ruinen entstanden, aber schwer fällt ein Wiederaufbau.

Deshalb Schutz und Hilfe der Reichsnappschafft, damit die Bergarbeiter bei Krankheit und Alter wissen, wo sie Hilfe finden.

Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat jetzt, wie die „Wohlfahrts-Korrespondenz“ mitteilt, für die Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge bestimmte Grundsätze aufgestellt. Danach kommt eine Heranziehung von Gemeinden überall da nicht in Frage, wo das Arbeitsamt in der Lage ist, die Prüfung allein durchzuführen. Vielfach werden die Arbeitsämter durch die Tätigkeit des verstärkten Außendienstes einen so weitgehenden Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitslosen gewonnen haben, daß sich auch in diesen Fällen eine Einschaltung der Gemeinden erübrigen kann. Die Arbeitsämter werden zu beachten haben, daß die Uebertragung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge auf Gemeinden oder Gemeindeverbände eine sachlich bessere Durchführung gewährleistet. Es wird in den Grundsätzen besonders darauf hingewiesen, daß für die Krisenfürsorge nicht Hilfsbedürftigkeit im Sinne der Fürsorgepflichtverordnung Voraussetzung der Unterstützung ist. Bei Prüfung der Bedürftigkeit in der Krisenfürsorge sind stärker als in der öffentlichen Fürsorge die früheren Lebensverhältnisse des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Dies geht auch aus der Anlehnung der Unterstützungshöhe an das Lohnklassensystem der Arbeitslosenversicherung hervor. Im Zweifelsfalle ist die Frage, ob Bedürftigkeit vorliegt, ausschließlich vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu entscheiden. Unbeschadet der Rechtsauffassung der Reichsanstalt, daß die Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge sich im Rahmen der Amtshilfe hält und nicht zu den Aufgaben gehört, für deren Uebernahme eine Entschädigung durch die Reichsanstalt zu gewähren ist, erklärt sich die Reichsanstalt bereit, eine Entschädigung für die Mitarbeit der Gemeinden zu zahlen.

gemeinsamer Zusammenhalt und Unterstützung notwendiger denn je. Es liegt an der Arbeiterschaft, die Selbsthilfe so auszubauen, daß die Bluttaugler und Zerplitterter mit Erfolg abgewehrt werden können. Darüber hinaus wird es weiter Aufgabe der freien Gewerkschaften sein, die internationale Verständigung zu betreiben.

Nach einer kurzen Aussprache, in der besonders die öffentliche Verammlungstätigkeit in verstärktem Maße angeregt wurde, faßte Kamerad Kogahl das Ergebnis in einigen Worten zusammen. Er erwähnte besonders das Zusammenarbeiten von Verbandsleitung, Funktionären und Mitgliedern. Die politischen Verhältnisse verlangen von uns Verständnis und Rücksicht. Es stimmt nicht, daß die Arbeiterschaft heute nichts zu verlieren hat. Sie hat alles zu verlieren! Es gilt, auf den Zusammenbruch der Reaktion hinzuwirken. Wer die politischen Vorgänge genau verfolgt hat, wird bestätigen müssen, daß nicht allzuviel fehlte, um den politischen Einfluß der Arbeiterschaft vollkommen auszuschalten. Die Zeit, in der wir uns befinden, bringt nichts Neues. Die Arbeiterschaft hat schon schlimmere Stürme durchgehalten müssen. Sie ist auch schon öfter viel stärker zurückgeworfen worden.

Für die Bezirkskommission wurden die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder Wrobel, Kaczmarek und Wicik wiedergewählt. Als Revisoren für die Bezirkskasse wurden die Kameraden Ohmann, Machulla und Blaschke gewählt.

Dann nahm Bezirkssekretär Lehmbrock in längeren Ausführungen zu den kommenden Betriebsratswahlen Stellung. Er ging zunächst auf die Rechte und Pflichten der Betriebs- und Arbeiterräte ein und streifte kurz die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion für einige Änderungen des Betriebsrätegesetzes zum Schutze der Betriebsräte und der Arbeiterschaft. Er besprach dann die Tagesfragen im gewerkschaftlichen Kampf. Die Gewerkschaften müssen darauf dringen, daß die gewählten Funktionäre in den Betrieben ihr ganzes Können für die Arbeiterschaft einsetzen. Als Schöpfer des Betriebsrätegedankens liegt ihnen nicht nur an möglichst vielen Betriebsräten, sondern an tüchtigen Leuten, die ihre ganze Kraft für die Arbeiterschaft einsetzen. Sie haben die Verpflichtung, restlos für die im Betriebsrätegesetz gesicherten Rechte und Pflichten einzustehen.

Die Konferenz nahm dann einstimmig nachstehende Entschlüsse an:

„Die am 15. März in Beuthen tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Kameraden Kogahl und Lehmbrock. Die Konferenz spricht dem Verbandsrat Restahl ihr Vertrauen aus und stellt fest, daß lediglich durch die Zerplitterung, die von den Links- und Rechtsblockparteien in die Bergbaubetriebe getragen wurde, die Kampfkraft der Arbeiterschaft gegen das Bergbauunternehmertum geschwächt ist. Nicht nur in Oberschlesien, sondern in ganz Deutschland verhandelt die RGO. durch ihr wildes Treiben den Bergarbeitern Schaden zuzufügen. Überall dort, wo die Kommunisten mit ihrer RGO. als Betriebsräte die Verantwortung für die Belegschaften zu tragen hatten, haben sie die Arbeiter an die Werksdirektoren verkauft. Nirgends vermochten sie die Belegschaften vor den brutalen Entlassungen zu schützen. Im Gegenteil: sie haben in Unkenntnis der Arbeiterbewegung und des Arbeitsrechts den Werksherren freie Hand zu allen Entlassungsmaßnahmen gelassen. In den Betrieben, in denen die Betriebsräte des Bergbauindustriearbeiterverbandes als Freigestellte über das Wohl der Belegschaften zu bestimmen hatten, wurden Grubenverwaltungen bei der Mehrzahl der Entlassungen zu schweren Entschädigungspflichtigkeiten verurteilt. Darin zeigt sich der Unterschied zwischen der Belegschaftsvertretung der RGO. und der des Bergbauindustriearbeiterverbandes. Um die Arbeiterschaft im Bergbau vor weiteren Schäden zu schützen, appelliert die Revierkonferenz an alle Bergarbeiter und erlucht sie, bei den kommenden Betriebsratswahlen ihre Stimmen restlos für die Betriebsräte des Bergbauindustriearbeiterverbandes abzugeben.“

Jahrestreffen unseres Verbandes.

Geschäftsstelle Merleburg.

Am 1. März fand in Merleburg unsere diesjährige Jahreskonferenz statt. Kamerad Thome führt aus, daß das Jahr 1930 für den Bergarbeiter ein Krisenjahr war. Infolge der wahnwitzigen Rationalisierung und Technisierung ist es zu Massenentlassungen und Einlegen von Feiertagen gekommen. Allein im Ostfeld wurden 3000 Bergarbeiter dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben. Die Lohnerhöhung im Dezember konnte sich nicht auf den effektiv gezahlten Durchschnittslohn auswirken, da sämtliche überbetrieblichen Zuschläge gekürzt wurden, sogar gänzlich in Fortfall kamen.

Trotz der schweren Krise konnte der Mitgliederstand gehalten werden. Es wurden in den Berichtsmonten 30 Neuaufnahmen gemacht. Zahlreiche Mitglieder- und Belegschaftsversammlungen sind abgehalten worden. Auch wurden an unorganisierte Kameraden des öfteren Werbezeitungen verteilt.

Kamerad Thome schloß seine Ausführungen zum Geschäftsbericht mit den Worten: „Auch in diesem Jahre gilt es, in allen Jahrestellen und Betrieben unermüdet für die Stärkung der Organisation tätig zu sein, alle Angriffe unserer Gegner erfolgreich abzuwehren. Vereinte Kraft, Großes schaff!“

Kamerad Wolfram (Halle) sprach über das Thema „Rückblick und Ausblick“. Wir haben keine Ursache, dem Krisenjahr 1930 Tränen nachzuweinen. Das Jahr 1930 war alles anders als sonst. Ende 1929 setzte die Krise ein und nahm Ende 1930 einen katastrophalen Umfang an. Es folgten Betriebsstilllegungen, Massenentlassungen und Einführung von zwei bis drei Feiertagen. Durch diese Maßnahmen mußte sich die Wirtschaftslage weiterhin ungünstig entwickeln, so daß Ende des Jahres 1930 nahezu fünf Millionen Arbeitslose gezählt wurden. Man habe sich daher auch ernstlich mit der Frage zu befassen: „Wie können wir die vielen feiernden Hände in den Betrieben unterbringen, und wie kommen wir am besten aus dieser Wirtschaftskrise heraus?“ Ein Ausweg bietet sich nur in der Verkürzung der Arbeitszeit, die die Arbeitgeber auf Grund des technischen Fortschritts sehr wohl tragen könnten. Als Gewerkschafter lehnen wir die Heilmethode der Nazis, die Einführung der Arbeitsdienstpflicht usw. ab. Mit aller Schärfe wehren wir uns gegen eine Lohnabbaupolitik, wie sie bisher betrieben worden ist. Es ist deshalb notwendig, alle Kräfte zu sammeln, um der Schwierigkeiten wirtschaftlicher sowie politischer Art Herr zu werden.

Geschäftsstelle Hamborn.

Die Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Hamborn fand am 5. März im Volkshaus statt.

Den Geschäftsbericht gab Kamerad Schneider. In seinen Ausführungen ging er auf die schwere wirtschaftliche Krise ein, die im kapitalistischen System ihre Ursache habe. Er schilderte die verheerenden Folgen für die große Masse der Arbeiterschaft, die aus Stilllegungen, Massenentlassungen, Feiertagen und Lohnabbau entstehen.

Der Weg, den die Unternehmer gehen wollen, das Problem durch Lohnkürzung und Schichtverlängerung zu lösen, ist nicht der richtige, sondern der Weg der Gewerkschaften, die durch Arbeitszeitverkürzung, Aufnahme der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, Lohnerhöhung und damit Kaufkraftsteigerung die Krise überwinden wollen.

Trotz aller Hege der „Ausharbeiter“partei KPD. sei es möglich gewesen, die Mitgliedschaft der Geschäftsstelle Hamborn stabil zu halten, wofür auch den Funktionären ein Dank für ihre fröhliche Mitarbeit gebührt.

Rechtschutz wurde erteilt in 2346 Fällen. Schriftsätze wurden 1062 angefertigt. Dies erfolgreich wurden gemeldet 231 Fälle mit 34 377,69 M. Die Verurteilungen allein an den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten betragen 294 Fälle.

Bezirk Zwickau.

In der am 15. März in Zwickau abgehaltenen Jahreskonferenz ergänzte Bezirksleiter Weber den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht noch um einiges. Trotz der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen des sächsischen Steinkohlenbergbaues war für den Bezirk noch ein befriedigendes Ergebnis zu berichten. Die Absatzrückgänge auf dem sächsischen Steinkohlenmarkt haben Arbeiterentlassungen und Feiertagen in einem Umfange verursacht, wie es seit Jahrzehnten nicht der Fall war. Trotz erheblicher Leistungssteigerung wurde gegen den Willen der Bergarbeiter eine Lohnkürzung durchgeführt, der eine Preisentwertung auch nicht nur annähernd gefolgt ist. Bergarbeiterlohn, Tarifvertragsrecht und Sozialversicherung waren die Tätigkeitsgebiete

der Bezirksleitung. Für die Bergarbeiter wurden auf dem Gebiete des Rechtschutzes allein 53 513 M. erzielt.

Die durch Abschwächungen bedingten Störungen auf dem Kohlenmarkt beeinflussen die Entwicklung der Reichsnappschafft Jahr und gefährden deren Finanzkraft auf das bedenklichste. Im Jahre 1930 schieden über 116 000 Versicherte aus der Arbeit aus und demgegenüber stieg erheblich die Zahl der Versorgungsberechtigten. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, die vom Reich seit Juli 1930 verlangte Hilfe der Reichsnappschafft wieder zu leisten. Die Konferenz stellte sich einmütig hinter die vom Verband der Bergbauindustriearbeiter und den übrigen Verbänden am 8. Februar 1931 in Gelsenkirchen aufgestellten Forderungen.

Erfreulich ist die Tatsache, daß trotz der ungünstigen arbeitsmarktpolitischen Lage und den Hemmnissen im Produktionsprozeß der Mitgliederstand gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben ist. Der Einnahme der Hauptkasse von 313 000 M. stand eine Ausgabe von 183 000 M. an Unterstützungen für arbeitsunfähige Mitglieder (Krankheit und Erwerbslosigkeit) gegenüber.

Der für das Berichtsjahr von der Bezirksleitung gegebene Bericht konnte als ein Bild reger Verbandsaktivität betrachtet werden. Es war ersichtlich, daß auch die Funktionäre in den Zwickauer Kreisen für die Organisation mit eingeseht haben. Dafür dankte der Bezirksleiter den Funktionären mit dem Wunsch, auch in Zukunft durch fruchtbringende Arbeit für die organisierte Arbeiterschaft zu wirken.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand das Referat des Kameraden August Schmidt (Bochum) über die wirtschaftspolitische Lage. In großen Umrissen und für alle verständlich, schilderte er die Tätigkeit der Verbandsleitung und ihre Stellungnahme zu der ungeheuren Krise im Bergbau. Das Gebot der Stunde sei die gefestigt festzustellende Biergastundenwoche, wobei diese Frage nicht am Lohnausgleich scheitern darf. Einmütig billigten die anwesenden Funktionäre den Standpunkt des Hauptvorstandes und die Ausführungen des Kameraden Schmidt.

Bezirk Oberschlesien.

Der Bezirk Oberschlesien hielt am 15. März in Beuthen seine Jahreskonferenz ab. Bezirksleiter Kogahl gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Ueber die Mitgliederbewegung führte er aus, daß im vergangenen Jahre 1395 Neuaufnahmen gemacht wurden. Im einzelnen wurden 218 Mitglieder, 94 Belegschafts- und 32 öffentliche Verammlungen durchgeführt, die alle mit Referenten beachtet waren. Besprechungen mit Betriebsräten und Vertrauensleuten fanden 145, Sitzungen, Konferenzen der Funktionäre, Knappschafftsstagen usw. 228 statt. Hinzu kommen noch eine Reihe Einzelveranstaltungen, nämlich 5 Revier-, Betriebsräte- sowie Jugend- und Knappschafftsältestenkonferenzen. In Langenau wurde ein achtstägiger Kursus abgehalten, an welchem über 100 Verbandsmitglieder teilnahmen.

Die Aufwendungen des Verbandes im Bezirk waren im letzten Jahre wieder außerordentlich hoch. Es wurden gezahlt: Krankengeld 16 000 M., an Arbeitslose über 20 000 M., an Kurzarbeiter über 25 000 M. und an Gemahregelte 1000 M. Die Gerichtskosten betragen rund 4000 M. Insgesamt wurden im Bezirk allein an Unterstützungen 64 376 M. ausgezahlt.

Die Rechtsjustiztätigkeit des Verbandes war im vergangenen Jahre recht erfolgreich. Abgesehen von den Massenklagen für die Bergarbeiter, hat der Verband 258 Einzelklagen bei den Arbeitsgerichten durchgeführt, von denen 190 gewonnen wurden. Zur Durchführung waren 599 Termine notwendig. In den Klagen hat der Verband für seine Mitglieder insgesamt 42 000 M., 79 Urlaubstage und 709 Zentner Deputatlohn herausgeholt. Noch einige andere Zahlen belegten die recht intensive Arbeit, die im Interesse der Bergarbeiterchaft geleistet worden ist.

Kamerad Kogahl ging auch auf die Arbeitslosigkeit im Bergbau ein. In Oberschlesien sind im Jahre 1930 rund 17 000 Bergarbeiter zur Entlassung gekommen. Zur Zeit schweben auch noch etwa 800 Kündigungen. Weitere Entlassungen sind von einzelnen Betrieben angemeldet. Der Vorschlag des ADGB. auf Einführung der Biergastundenwoche wird von den Unternehmern stark bekämpft. Es ist typisch, wie der ganze Kampf der Gegenwart sich gegen die freien Gewerkschaften richtet, dazu ist den Unternehmern jedes Mittel recht. Für extreme Richtungen, die gegen die freien Gewerkschaften Sturm laufen, werfen sie gerne Millionen heraus.

Die wirtschaftliche Krise hat ihre vollen Auswirkungen noch nicht erreicht, vor allen Dingen nicht im Bergbau. Man könnte für ihn frühestens zum Jahresanfang eine Besserung erwarten, vorausgesetzt, daß nicht unerwartete politische Ereignisse die Situation noch verschlechtern. Außerordentlich viel hängt von der Organisation der Arbeitermassen ab. In der Zeit der Not ist

Geschäftsstelle Frankfurt a. d. Oder.

Am 22. März fand die Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Frankfurt a. d. Oder statt.

Zum Jahresbericht wurde von dem Geschäftsführer ausgeführt, daß das vergangene Geschäftsjahr im Zeichen einer ungeheuren Wirtschaftskrise stand. Unter den schlechten Verhältnissen der Gesamtwirtschaft hat der Braunkohlenbergbau ganz besonders gelitten. Jedoch ist die Tatsache festzustellen, daß die Braunkohlenunternehmer es verstanden haben, die ganze Schwere der Krise auf die Bergarbeiter abzuwälzen. Wenn auch auf den Gruben im Bereich unserer Geschäftsstelle die Krise nicht so gewütet hat wie in den Nachbarbezirken, so haben wir doch etwa 6000 Feiertagen und beträchtliche Entlassungen zu verzeichnen. Auch die Kameraden der Rittersdorfer Kalkwerke haben infolge des Stillstandes in der Bauindustrie erheblich gelitten. Die am 1. Dezember fällige Lohnerhöhung kam lediglich den Schichtlöhnern zugute. Da die Nichtgewährung der fälligen Lohnzulage bei den Bedingearbeitern eine willkürliche Erhöhung der Normleistung bedeutet, so ist seitens der Geschäftsstelle in einem Fall Klage erhoben, dieselbe ist jedoch nicht entschieden. Sodann gab der Geschäftsführer einen allgemeinen Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsstelle. Er stellte zum Schluß fest, daß trotz der Wirtschaftskrise es möglich gewesen ist, abgesehen von kleinen Verlusten, den Mitgliederstand zu halten. Die anwesenden Kameraden bezeichneten es als eine Notwendigkeit, daß die Agitation mit allen Mitteln betrieben werden müsse, um auch den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen.

Bezirksleiter Kamerad Briewig (Senftenberg) hielt einen längeren Vortrag über die allgemeine Wirtschaftslage unter längerer Berücksichtigung des Braunkohlenbergbaues. Seine Ausführungen wurden von den Kameraden beifällig aufgenommen, und es setzte eine rege Diskussion ein.

Zur Knappschafftsfrage nahm die Jahreskonferenz folgende Entscheidung an:

„Die am 22. März 1931 in Frankfurt a. d. Oder tagende Geschäftsstellenkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands nimmt mit Bedauern Kenntnis von der schlechten Finanzlage der Knappschafft. Die Konferenz ist der Auffassung, daß die Knappschafft durch die ungeheure Krise und Rationalisierung, die eine erhebliche Belegschaftsverringering nach sich zog, in diese Lage gebracht worden ist. Die Belegschaftsziffer hat sich infolge Rationalisierung und Krise immer mehr verringert, dagegen ist das Heer der Invaliden immer größer geworden. Hinzu kommt, daß einzelne knappschafftsfähige Betriebe durch Reichsgesetz aus der Knappschafft ausgeschlossen sind. Hierdurch ist eine erhebliche Beitragsverringering entstanden. Jedoch stammt auch aus diesen Betrieben eine erhebliche Zahl von Invaliden. Der Krieg hat der Knappschafft ganz erhebliche Opfer auferlegt. Angesichts der Wichtigkeit des bergmännischen Berufes für die gesamte Wirtschaft und um den Zusammenbruch der Pensionversicherung zu verhindern, fordert die Konferenz zum Zwecke einer geordneten Pensionszahlung für die Opfer der Grubenarbeit das Reich auf, hier unbedingt helfend einzugreifen, da im anderen Falle die Folgen eine unabsehbare Not unter den Pensionsempfängern heraufbeschwören würden.“

HAUS UND LEBEN

Du.

Nicht Reden bringt vorwärts, sondern Handeln. Doch auch das Handeln, auch die Tat setzt in uns etwas voraus. Daß wir zu ihr stehen mit unserem ganzen Menschen. Daß wir uns einsetzen für unsere Idee, wo es auch sei.

Nur eine Masse von Starken hat Siegeskraft. Nur wenn jeder einzelne sich ganz anstremmt mit ganzer Kraft, bricht unter der Wucht der Masse das Alte.

Masse? Das bist du und du und du. Und nur wenn du und du und du, nur wenn wir alle stolze, freie, überzeugte Kämpfer sind, ist Masse siegend.

Du, nicht vom Standpunkte des Individualismus der Jahrhunderte. Der kannte das Individuum nur. Den einzelnen, losgelöst von dem Ganzen. Dem war das Individuum Selbstzweck, und Egoismus war die letzte Konsequenz.

Jetzt aber soll das Du neu werden. Jetzt soll wogend das Herz sein, daß es wogend strömt ins Bruderleben. Jetzt soll der einzelne darin groß sein, daß er für einen gemeinsamen Gedanken kämpft.

Das ist das neue Glück, das um so größer ist, je mehr der Mensch handelnd umspannt.

Wie klein, an den Sieg zu glauben, weil andere kämpfen! Das ist die Hoffnung der Schwäche, die niemals mit freiem Glücksgefühl erfüllen kann.

Nur aus eigener Tat kann Erleben wachsen. Nur wenn das Glück aus einer ringenden Seele quillt, erfährt es uns ganz, bis in die feinsten Fasern des Herzens, bis in die feinsten Regungen unserer Persönlichkeit.

Die Freiheit kommt, wenn Tausende von starken, lebenswarmen Pulsen sie erschaffen. Dann, wenn die Zuversicht von ganzen Kämpfern sie erringt.

Dann nur sind Menschen groß, wenn sie am univariaten die Welt umfassen, sie zu erleben und kämpfend vorwärts zu bringen zu neuem Glück.

Dr. Gustav Hoffmann.

In der Bergarbeiteriedlung.

Eine Zeit ist über unsere Kohlenstadt gekommen, wie wir sie selbst während der bösen Inflation nicht gekannt haben. Damals waren unsere Bergknappen noch gut daran. Es herrschte wohl allgemeine Arbeitslosigkeit, doch im Bergwerk gab es noch Arbeit in Hülle und Fülle. Das Kohलगeschäft florierte damals.

Jetzt sieht das Bild anders aus. Außer dem eingeführten „Feiertag“ gibt es von Zeit zu Zeit unbeliebte Kündigungsbriefe. Und so gehen auch diesmal Hunderte von Bergarbeitern den Schmerzensweg der Masse zum Arbeitsamt! Trotz der grimmigen Kälte, die uns der Winter 1930 überflüssigerweise brachte, mußte die Kohle aufgelagert werden. Auch ganz erklärlich. Die Löhne wurden gedrückt und die Kohle damit hauptsächlich für den Erwerbslosen viel zu teuer, so daß bei Kohlenüberfluß die Menschen froren.

*

In den letzten Jahren sind nun, um die Lage unserer Bergarbeiter etwas zu erleichtern, kleine Wohnungen, sogenannte Siedlungsbauten, geschaffen worden. Diese sind fast immer einheitlich, je zwei Wohnungen (eine Wohnung besteht aus einer Schlafkammer und einer großen Küche als Wohnraum) in einem Gebäude. Es haben sich bald kleine abgeschlossene Siedlungen gebildet. Gewöhnlich führt eine Hauptstraße durch diese Anlage. Vor den Häuserreihen hat man Gärten angelegt. Sie verleihen dem Ganzen ein nettes Aussehen. Der Zweck der Siedlungsbauten war, den Bergarbeitern, ihrem Lohn entsprechend, eine möglichst billige Wohnung zu schaffen. Die Siedlungen sind meist in der unmittelbaren Nähe des Schachtes angelegt und bedeuten somit eine weitere anzuerkennende Bequemlichkeit für ihre Bewohner!

*

Es ist Vorfrühling. Die Natur verjüngt sich. Bald beginnt das Rumoren in der Erde. Die Luft wird milder. Es will langsam knospen! Es ist Spätnachmittag. Sonnabend nachmittag. Ich bin geflohen, will einmal den Rauch- und Kohlenstaubwolken den Rücken wenden, denn im Zentrum unserer Stadt fühlt man sich ständig beklommen. Die Lungen finden keine Gelegenheit, frei zu arbeiten! Also in die Siedlung! Dort findet man schon beinahe Höhenluft, denn die Siedlungen sind alle ziemlich weit außerhalb der Stadtmauern angelegt, zum großen Vorteil unserer Knappen.

Lebte Sonnenstrahlen huschen über die freundlich-roten Ziegeldächer der kleinen Häuschen. Die Gärten sind zwar noch kahl, und doch jubelt das Herz vor kommenden Frühlingstagen. Jedes Häuschen hat für die zwei Familien einen besonderen Eingang, also Familie B. hat links, Familie H. rechts ihre Haustüre. Auf mein Klopfen an der Türe von Bekannten bekomme ich einen sehr freundlichen Willkommengruß. Man sitzt beim Kaffee — zwar etwas mager — aber wie's scheint, schmeckt's allen recht gut.

Die Familie besteht aus sieben Köpfen. Der Mann wie alle Bergleute, knorrig und etwas gebückt. Die Frau, abgehärtet, doch nicht mürrisch. Und die Kinder freuen sich über jede frische Brotkruste, die ihnen Mutter reicht. An Brötchen konnten diese Kinder gar nicht erst gewöhnt werden!

Man freut sich über die Sauberkeit, die in den zwei Räumen herrscht. „Ja,“ sagt Herr H., „man könnte mit seinem Bos schon zufrieden sein, wenn man dauernd seine Beschäftigung und auskömmlichen Lohn hätte.“

„O ja, die Grubengefahren seien auch sehr groß, aber man hätte sich mit den täglichen Unglücksfällen schon abgefunden, das sei der Bergmann gewohnt, das sei Schicksalsache. Seine Lieben wären zwar vollständig mittellos, aber solange nichts passiert, hieß es eben durchhalten und hoffen, daß auch wieder einmal bessere Zeiten kommen. Die Bergleute würden auch immer vernünftiger und fänden immer zahlreicher den Weg zum Verbands. Einmal würden sie dann stark genug sein, ihr Schicksal besser zu gestalten.“

Mit einem herzlichen „Glückauf“ verabschiedete ich mich in der Absicht, diese kampfesfrohen arbeitsfreudigen Menschen wieder aufzusuchen, sobald der Frühling bei ihnen Einzug gehalten hat!

Bruno Heckel.

Das Rasiermesser und seine Behandlung.

Praktische Winke eines Solinger Facharbeiters.

In der Zeit der Rationalisierung kann man feststellen, daß die Lebenshaltung doch nicht billiger geworden ist. Viele Neuerungen haben sogar eine Verteuerung gebracht. Dem Unternehmer ist es gleich, an welchem Produkt er seinen Gewinn erzielt. Der Lohnempfänger muß anders urteilen. Er muß nachrechnen, was er kaufen und wo er Geld sparen kann.

Ich will im nachstehenden den Gewerkschaftskollegen einige Winke geben, die für sie zweckdienlich sind und bei deren Beachtung für sie eine Ersparnis erzielt wird.

Die älteren Kollegen, soweit sie Selbststrafierer sind, werden fast alle ein Rasiermesser benutzen, während die jüngeren Kollegen, durch große Reklame aufmerksam gemacht, den Rasierapparat bevorzugen. Viele, die das Rasiermesser nicht richtig zu behandeln wußten, griffen auch zum Rasierapparat, ohne sich Sorgen darüber zu machen, daß dieser im Gebrauch bedeutend teurer wird. Es werden immer lustig neue Rasierklingen gekauft, wenn die alten nichts mehr taugen.

Für dasselbe Geld, das in einem Jahre für Rasierklingen verausgabt wird, erhält man ein gutes Rasiermesser, das bei richtiger Behandlung zeitlebens hält.

Wie erhalte ich nun ein Rasiermesser dauernd gebrauchsfähig mit einem sanften Schnitt?

1. Ein Rasiermesser soll nur zum Rasieren gebraucht werden. Zum Schneiden der Hühneraugen, Fingernägel usw. verwende man die hierfür geeigneten Schneidwerkzeuge.
2. Die Schneide des Rasiermessers ist unter allen Umständen vor Berührung mit harten Gegenständen zu schützen. Abstreichen der Seife geschieht mit dem Finger oder auf einen weichen Lappen.
3. Vor dem Rasieren ziehe man das Messer auf einem Ledertüchlein mit dünner Pastaauflage nach, dann über den Handballen. Riemen und Handballen sind vorher sauber zu machen und von Fremdkörpern zu befreien.
4. Man lasche dann das Messer in das zum Rasieren benutzte warme Wasser.
5. Der Handballenabzug ist deshalb besonders zu empfehlen, weil er dem Messer erst den richtigen sanften Schnitt gibt. Es ist erstaunlich, welche ungeheure Wirkung der Handballenabzug ausübt.
6. Zu beachten ist, daß beim Nachziehen das Messer über den Rücken umgelegt wird, nicht über die Schneide, da diese sonst stumpf wird. Ein kurzes Nachziehen nach dem Rasieren ist zu empfehlen, da hierdurch die Schneide vor dem Rost geschützt wird.
7. Beim Rasieren ist das Messer möglichst flach aufzulegen.

Ein nach obigen Ratsschlägen behandeltes Rasiermesser kann jahrelang benutzt werden, ohne daß es nachgeschliffen werden braucht. Schreiber dieses Artikels hat ein Rasiermesser bereits 27 Jahre, ohne daß es nachgeschliffen oder auf dem Stein abgezogen wurde, im Gebrauch. Wer es sich leisten kann, lege sich zwei Messer zu. Auch ein Rasiermesser zeigt Ermüdungserscheinungen, wie sich der Fachmann ausdrückt. Läßt man ein solches Messer einige Wochen liegen und behandelt es dann wie oben angegeben, ist es wieder gebrauchsfähig.

Der Maulwurf.

Nun hat er aber lange genug in mir gewühlt, endlich soll er hinaus. — Wer denn? — Der Maulwurf. Es ist schon ein paar Monate her, daß ich ihn sah, er schaute nicht gut aus, der arme Kerl, Freund Maulwurf. — Was fehlte ihm denn? — Er war überfahren. Von einem Radler. Dem Maulwurf war das Rückgrat gebrochen. — Oh nää, schrecklich, erzählt doch mal. — Scha, so wars, gut amal! Drüben steigt die Felswand, braun, gold, der Steinbruch, zackig und bunt, der Goldwaderbruch, Sonne lag drauf, die Welt schien schön und reich — daaa geschah das Unglück. Der Maulwurf ward überfahren! — Aber wie denn, der Maulwurf lebt doch in der Erde drin, der geht doch nicht auf der Straße spazieren? — Nein, gewiß nicht, aber die Radler fahren auf der Straße spazieren. Und der Maulwurf muß doch schließlich auch einmal wandern, oder er muß sein Viebchen besuchen — oder er muß das Terrain wechseln. Wenn ein Steinbruch oben sichtbar ist, dann ist doch auch im Erdboden Stein drin, leuchtete dir das ein? — Jawoll doch. — Gut. Wir kommen vorwärts.

Also denk amal, drüben unter der Steinbruchwand hat sich von Regen und Abwaschung ein wenig Erdrich gesammelt, es ist auch ein Straßengraben da, an dem der schwarze Schlehdorn wächst, der auch n bisschen Erdrich zu Füßen hat, in diesem Erd- und Steinreich leben Engerlinge, Würmchen und Maden: alles gute fette Maulwurfskost. Die leider erschöpft war, unjer Maulwurf hatte in der Erde drinnen seine Würmerweide vollkommen abgegrast, seine Grenzen waren einerseits der Steinbruch und andererseits die Straße, die schwarze Teerchauffee. Kannst du folgen? — Jaha, juho, nur weiter. — Gut. Bonbon. Drüben auf der andern Seite der Straße, da war ein kleines Paradies, ein Maulwurfsparadies, ein Obstgarten, eine ganze Hügelandschaft war romantisch zu sehen, und auf dem höchsten romantischen Maulwurfsbügel sah ein romantisches Fräulein Maulwurf, im schwarzseidenen Pelz, mit rosigem Mündchen — und sie winkte und sie winkte — zur andern Straßenseite winkte sie hinüber, zur Steinbruchseite — und der Maulwurf vorm Steinbruch hätte kein Herz im Leibe und kein Hirn im Kopfe haben müssen, wenn er den Verlockungen von drüben auf die Dauer widerstanden hätte: da, drüben, die schöne schwarzseidene Jungfer, und das reiche Jagdfeld, das weiche Erdrich des Obstgartens! Wißt ihr was? Wir wandern aus. Einverstanden, aber Vorsicht, im Erdrich bist du sicher, oben an der

Werden diese kleinen Winke beachtet, so ergeben sich für die Kollegen erhebliche Ersparungen. Ärger und Verdruß darüber, daß das Rasiermesser beim Nachschleifen verdorben wurde, fallen fort. Das Rasieren mit einem richtig behandeltem Rasiermesser macht Freude, weil es immer sanft schneidet, seinen Zweck erfüllt und bedröhtend billiger im Gebrauch ist, als ein Rasierapparat.

Man kaufe nie ein Rasiermesser, welches nur die Bezeichnung „Solingen“ oder nur „Garantie Solingen“, sondern möglichst den vollen Firmennamen trägt.

Volksgefahr Krebs.

Geh zum Arzt, und zwar sofort!

Krebs ist heilbar, so beginnt ein „Merkblatt“, das vom Reichsausschuß für Krebsbekämpfung jetzt zur Volksaufklärung über den Krebs herausgegeben worden ist. Der Krebs ist einer der gefährlichsten Feinde der Volksgesundheit und eine der häufigsten Todesursachen im mittleren und höheren Alter. heißt es im „Merkblatt“ weiter. Gleichzeitig aber wird vor der Krebsangst gewarnt und zur eigenen Aufmerksamkeit und Vorsicht gemahnt. Krebs ist nicht ansteckend. Das Gefährliche an ihm ist, daß er im Beginn meist keine Schmerzen und keine besonders auffälligen Krankheitserscheinungen verursacht. Alle Knoten in und unter der Haut, besonders in der Brust, hartnäckige Warzen und Leberflecken, die sich vergrößern oder verändern, Geschwüre, die nicht heilen wollen, sind Gefahrenzeichen und auf Krebs verdächtig. Krebs kann sich aus einer ungeheilten Wunde oder einer alten Narbe entwickeln. Krebs an inneren Organen kann oft an gewissen Anzeichen frühzeitig erkannt werden, auch ohne daß eine Geschwulst zu sehen oder zu fühlen ist. Abmagerung, Unregelmäßigkeiten der Verdauung, Blutungen in den Absonderungen, blutiger Ausfluß bei Frauen, Wiederkehr der Blutungen nach den kritischen Jahren usw. sind immer verdächtig. Krebs ist um so eher heilbar, je früher er erkannt und behandelt wird. Ueber die Anwendung der Mittel kann aber nur der Arzt entscheiden. Es ist deshalb sehr wichtig, sich bei irgendeinem der erwähnten Anzeichen sofort untersuchen zu lassen! Keinen Aufschub, auch nicht einen Tag! Jedes Zögern bedeutet Gefahr für das Leben.

Bergiftung durch grüne Bohnen.

Der Verein der Konservenindustriellen in Mainz teilt mit, daß in der deutschen Konservenindustrie die Grüne-Bohnen-Konserven grundsätzlich durch längere Erhitzung von 100 Grad zernünftig sterilisiert werden, daß also die Gefahr der Vergiftung durch grüne Bohnen bei fabrikmäßig in gut geleiteten Konservenfabriken hergestellten Bohnenkonserven kaum vorliegen könne. Nach Ansicht des Vereins kann es sich bei den bekanntgewordenen Bohnenvergiftungen nur um im Haushalt hergestellte Konserven handeln. Aus Gründen der Sozialität geben wir diese Mitteilung des Vereins der Konservenindustriellen hiermit wieder.

Luft droht allerhand Gefahr. Drumten im Bergwerk sehen wir gut — droben an der Luft blendet dich die ganz unnütze Sonne. Wir sind die Maulwürfe!

Achtung, heute soll es geschehen, der große Sprung soll gewagt werden, der breite Strom, vielleicht ist es eine Straße?, der Strom soll überwinden werden — zum Boche hinaus, Herr Maulwurf — huu, ekelhaft, reib dir die Augen, wisch dir die Tränen weg, wie sie blendet, die Krage mit der silbernen Zunge, mit den blitzenden goldenen Augen, die Si-Sa-Sonne!

Maachtung, geht's besser, siehste jetzt, Freund Maulwurf? Quiet-quiet: jaja! Vooos — und mit flinken Beinchen wie ein kleiner krummbeiniger Dachs, mit Plattfüßen — krabbelst er dahin, über die Teerchauffee hinweg, unjer Maulwurf. Viktoria, alles geht gut — drüben winkt die Liebe, Miß Maulwurf im Obstgarten — hin zu ihr, noch einen Meter — daa, o Gott, wie schrecklich, das Unglück ist geschehen, ein Radler saufte daher, er überfuhr den Maulwurf, er schnitt ihm das Rückgrat ab, es gibt soviel Elend auf der Welt — entseghlich!

Und da stehen wir nun, das Herz wird uns groß, es schweimmt sich auf wie ein Schwamm, in der Nase kribbelt es von Tränen — jawohl, uns allen beiden kribbelt es in der Nase, mir und einem Knaben, acht Jahre wird er alt sein, er hat ein kleines Handwägelchen hinter sich — so ein Weiterwägelchen, leer — und wir gucken und fühlen, wir haben den gleichen Schmerz wie der Maulwurf, zerbrochene Knochen, blutigen Schaum vorn Mund, dem Maulwurf zittert vor Schmerz die kleine rosige Hand, er hat sie umgedreht, die Innenfläche nach außen, ganz verrunt ist das Händchen, von Fleiß und saurer Arbeit verrunzelt, ich denke an die Hand eines Bergmanns, auch die ist so, kurz, verrunt, schwielig, fleißig — armer, armer Maulwurf, dein Rückgrat heilt nicht wieder zusammen. Das weiß ich — aber der Knabe neben mir braucht das nicht zu wissen, ich will den Schmerz um den Maulwurf in der Seele des Knaben mildern — ich jage: Wenn der überfahrene schwarze Herr hier die rechte Pflege hätte, wenn er in einen schönen Garten käme, in weiche Erde — „Wir haben daheim 'nen Rosengarten“, jagt der Junge, über sein Gesicht huscht plötzlich ein freudiges Erörren — er hüpfte an den Straßensrand, er reißt mit beiden Händen trockenes Gras ab — das breitet er weich auf sein leeres Weiterwägelchen, dann jagt er: „Bitte, fassen Sie mit an“ — und ganz behutsam legen wir den schwarzen Herrn auf den Krankenwagen — ooh, wie stach mich der Blick, der Maulwurf öffnete das eine blaue Augenlid, ich hab es gesehen, ich allein — das war der Blick eines Sterbenden, aber wie Dank, wie Freundschaft blinnte es aus dem brechenden Auge. — Weiter jage ich nichts, es ist mir schwer ums Herz. Ihr lacht, ihr sagt, nur ein Maulwurf! Ich aber jage: Eine Kreatur — gleich mir! Knabe, adies, gute Gesundheit. Er fährt mit dem sterbenden Maulwurf davon, ist aber glücklich: denn sein Herz glaubt an Rettung. „Wir haben daheim 'nen Rosengarten!“

Max Dortu.

15. Woche Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 5. bis 11. April 1931

Warum die Explosion auf Anna 2 von solch furchtbarer Wirkung war?

III

Der Unterwerksbau Revier 10.

Damit die Vorgänge jenen Lesern, die nicht mit den Einzelheiten so vertraut sein können, verständlich werden, müssen wir nach folgende Ergänzung einfügen: Der Begriff „Schlagwetter“ ist, streng genommen, nicht immer für das gefährliche Methan anwendbar. Methan ist kein Element, sondern eine Verbindung zweier Gase. Der Chemiker braucht die Formel CH_4 . Das (sind) Abkürzungen. (s) von lateinisch Carbonium, auf deutsch Kohlenstoff und H von lateinisch Hydrogenium, auf deutsch Wasserstoff. Die Ziffer 4 gibt das Mengenverhältnis an. Auf deutsch würde die chemische Formel lauten: Kohlenwasserstoffgas mit einem Teil Kohlenstoff und vier Teilen Wasserstoff. Der Bergmann nennt dieses Gas seit jeher Methan oder Grubengas. Schlagwetter entstehen aus Methan erst bei Mischung mit Luft. Sind 5 Prozent Methan in der Luft enthalten, dann fängt die Explosionsfähigkeit an, bei 10 Prozent ist sie am heftigsten, um bei über 15 Prozent wieder ganz aufzuhören.

Mit Luft nicht vermishtes Methan verhält sich in einem abgeschlossenen Raum, z. B. in einem Gaskessel, ungefährlich so wie Leuchtgas. Man könnte es wie jenes zu Heiz- oder Leuchtzwecken verwenden. Im freien Grubenraum, z. B. in unbewehrten Abbauen und Strecken (Alter Mann) kann sich das Gas so dicht d. h. so hochprozentig ansammeln, daß es explosionsunfähig ist. An den Wänden dieser Ansammlung ist es dagegen dünner, und es befinden sich dort naturgemäß explosionsfähige Gemische, zumindest aber wird die Brennbarkeit des Gases am Rand der Ansammlung vorhanden sein.

So ist es möglich, daß eine Explosion eine Menge hochprozentigen Methans vor sich her schiebt, ohne dieses zur Explosion bringen zu können. Nennen wir dieses einen Gaspfropfen. Man kann in diesem Falle von einer Ueberfüllung der Explosion reden. Erst wenn der Gaspfropfen sich mit genügend Luft vermischen kann, tritt die Explosionsfähigkeit ein. Eine Ueberfüllung der Explosion kann ferner herbeigeführt werden durch zu große Mengen Kohlenstaub, bzw. durch die wegen Ueberhitzung des Kohlenstaubes verflüchteten Kohlenwasserstoffe, die wegen Sauerstoff nicht mehr verbrennen können. Solche Vorgänge müssen auf Anna II, insbesondere auf dem Füllort der 4. Sohle und im großen Teile des Schachtes, eine Rolle gespielt haben, weil sich sonst der Verlauf der Explosion nicht erklären ließe.

Entstehung, Verlauf und Wirkung der Explosion.

Die Entzündungsursache

bleibt wohl in ewiges Dunkel gehüllt. Zwar haben Erfahrungen den Menschen Scharfsinn verliehen, der hier aber auf Unüberwindliches stieß. Die Schwierigkeit lag zum Teil in der Kompliziertheit der Explosionsvorgänge. Es sind, im Gegensatz zu einer einfachen, in einer Richtung schlagenden Explosionswelle, ohne Zweifel mehrere Explosionsvorgänge aufgetreten, die den eigentlichen Ausgangspunkt und somit auch die Entzündungsursache wieder verwischten.

Was in ihnen kommen als Entzündungsursache kaum in Frage. Die erst vermischte, unter einem Bruch befindliche Benzololomotive schiedet nach menschlichem Ermessen als Ursache aus. Elektrische Maschinen kommen wohl auch kaum in Frage. Anders verhält es sich mit den elektrischen Beleuchtungs-einrichtungen, seien es ortsfeste Beleuchtungen oder die elektrischen Mannschafslampen. Man kann diese als Entzündungsursache nicht ausschalten, zumal jeglicher Schlagwettereinschlag fehlte. An Benzinsicherheitslampen waren zur Zeit der Explosion nur die der unter anwesenden Steiger und Schiefmänner in der Grube. Von diesen Lampen konnten nach der Explosion etwa 15 nicht wiedergefunden werden. Möglich, daß einige davon verloren gingen. Die Mehrzahl von ihnen dürfte aber durch Unberufene entwendet sein. Dieses war um so eher möglich, als eine Stahlhelmaniform genügte, um die Bewegungsfreiheit oben und unten in den Grubenbauen zu sichern. Eine der gefundenen Benzinsicherheitslampen war in mehrfacher Hinsicht schlagwetterunfähig. Sie trug die Nr. 1607. Doch war zur Zeit der Tat der Träger, eines Schiefmeisters, nicht festzustellen.

Im regulären Sprengstoffverbrauch ist die Entzündungsursache auch nicht zu suchen. Ob der schon früher von uns gerügte Mißbrauch mit Sprengstoffen und Zündmitteln in diesem Revier irgendeine Rolle dabei gespielt haben wird, konnte nicht festgestellt werden.

Die Zerstörung der Wetterführung

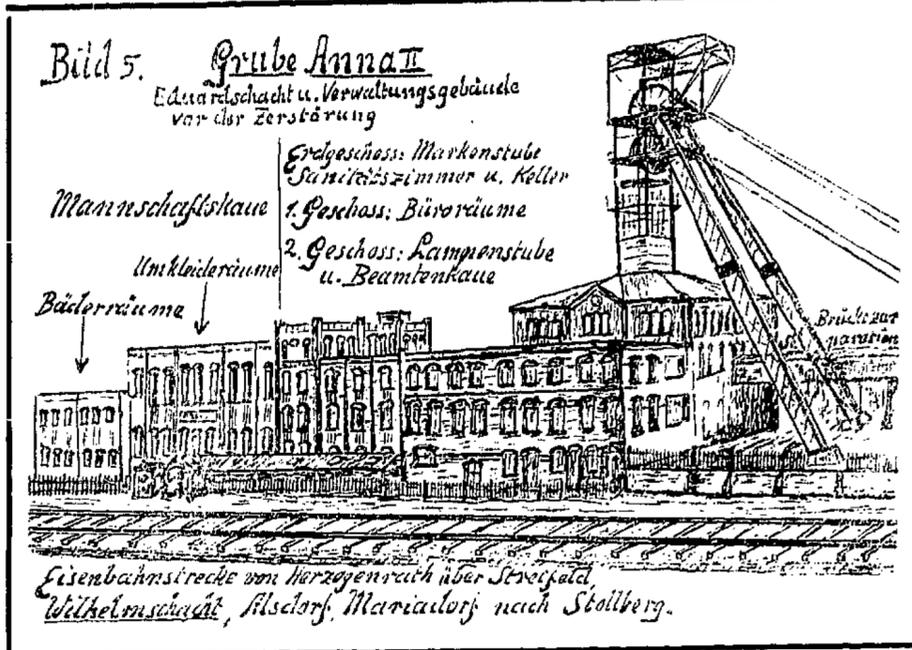
verschlimmerte die Situation wesentlich. Auf allen Sohlen, von der 1. bis zur 4., wurden die Wetterkreuzen zwischen den beiden Schächten zerstört. Der Wetterzug bekam dort überall Kurzschluß. Der Ventilator blieb zwar im Moment der Explosion stehen, konnte aber nach wenigen Minuten wieder in Gang gebracht werden. Ein Glück nun, daß der Wettertschacht Anna III auch weiterhin seinen Bedarf vom Schacht Eduard über die 4. Sohle beanspruchte. Dadurch erhielt wenigstens ein Teil dieser Sohlen Frischwetter. Der Schacht und die nächste Umgebung wurden durch den Luftstoß, sogar bis zur 5. Sohle, bald von Nachschwaden gereinigt.

Der Anfang der Explosion

ist mit größter Wahrscheinlichkeit in östlicher Richtung vom Schacht zu suchen. Folgende Tatsachen sprechen dafür: die größten Zerstörungen und vor allen Dingen die weiteste Entfernung vom Schacht aus bewirkte die Explosion in der östlichen Richtung bzw. ihrer Fortleitung, der nördlichen Richtung.

Die längste Entfernung vom Schacht bis zu den letzten Anzeichen mechanischer oder organischer in der nördlichen Richtung oder den beiden Querschlägen beim Unterwerksbau Revier 10 betrug 1350 bzw. 1400 Meter. Im ersten Teil der östlichen Richtung, zwischen Schacht und dem großen Bruch, hat die Explosion mindestens einmal hin- und hergeschlagen. (Vergl. peripherisches Bild in der vorigen Nummer dieser Zeitung.) Ebenfalls waren solche Spuren in der nördlichen Richtung zu sehen. Auf dem vorbenannten Bild sind die Brüche, die Explosionsrichtungen und denjenigen Punkt, wo die Explosion wahrscheinlich zum Erlischen kam, eingezeichnet. Beobachterweise sind einige Stellen des Bildes wegen Verkleinerung infolge Raummangels undeutlich geworden, so z. B. steht in der nördlichen Richtung, hinter den beiden Querschlägen beim Unterwerksbau Revier 10, ein Schacht, der auf Bild 1 mit 20 Meter Teufe angegeben wurde. Zwischen diesem Schacht und dem 2. östlichen Abteilungsquerschlag liegt ein Bruch. Der Schacht ist auf dem großen Bild nur sehr schlecht bemerkbar. Die Explosion ist über den Bruch, der die Richtung ganz veränderte, hinausgegangen und hat dahinter noch kleinere Brüche und Hitzespuren hinterlassen.

Die Flamme ist auch in den 20 Meter tiefen Senktschacht heruntergeschlagen. Der Senktschachtstumpf war sehr naß. Zur Bewältigung des Wassers war eine Pumpe vorhanden. Die Explosion schlug über den unteren Anschlag des Senktschachtes hinaus. Der Ausbruch war an der dem Schacht zugekehrten Seite mit schlammigen Staub sinternd belagert, auf der entgegengesetzten Seite aber mit selten dicken, gratenförmigen Anwehungen.



gen trockenen, verjüngten Staubes. Anschauungsunterricht für Leute, die Grubenfeuchtigkeit als Sicherung gegen Kohlenstaubexplosion ansehen! Wir halten von der Wasserberieselung noch viel weniger.

Im westlichen Querschlag riß die Explosion vor dem dortigen Senktschacht, der zur Grundstrecke des Unterwerksbaues Revier 10 führt, (auf Bild 1 mit 45 Meter Teufe angegeben) einen Bruch. Wo die Explosion in dieser Richtung erfolgte, ist uns unbekannt. Betont muß werden, daß die Explosion in die beiden Querschläge ohne Zweifel von der Richtung aus hineingeschlagen ist.

Ein besonders beachtenswerter Vorgang spielte sich in dem 2. östlichen Abteilungsquerschlag ab. Es gibt Ansichten, wonach die Explosion zwar den Streckenausbau wegsetzte, die Brücke aber erst nachher als Folge entstehen. Das kann nur bedingt zutreffen. Bekannt ist, daß sich in Hohlräumen der Streckenstöße Schlagwetter ansahen, auch im Verfüllmaterial, weil sich dieses nie so dicht hineinpacken läßt, insbesondere nicht bei zerbröckeltem Gebirge, wie es meist in Richtstrecken auftritt und zum fortwährenden Nachreißen der Sohle oder der Firste zwingt. Geht in der Nähe auch noch Abbau um, dann gerät das Gebirge nicht nur wieder in Bewegung, sondern es gibt auch größere Schlagwettermengen frei. Jeder Ungläubige kann sich überzeugen: Er braucht im Verfüllmaterial nur ein Loch auszubringen und findet dort meist hochexplosibles Schlagwetter. Dasselbe gilt auch für gebräuchliches, lose auf dem Verzug lagerndes Gebirge.

Dieser sich in Spaltklüften und im Verfüllmaterial ansammelnden Schlagwetter sind zunächst ungefährlich; von einer Explosion erfasst, wirken sie dagegen wie Sprengstoff und drücken die Strecke ein. Es gibt viele Schulbeispiele.

Ein solcher Vorgang scheint sich in dem erwähnten Querschlag abgepielt zu haben. Von der Richtung bis zur Sohlenstrecke Flöz 9 beträgt die Querschlaglänge rund 200 Meter. Davon waren mehr als 150 Meter zusammengebrochen. Die Bruchhöhe klag langsam an bis auf 6 Meter über der Firste. Sand- und Kieserfichten bildeten darüber eine gute Decke. Der Bruch hörte gleichzeitig mit seiner größten Höhe einige Meter vor der Sohlenstrecke Flöz 9 auf. Hinter dem Bruch hörten aber gleichzeitig alle Explosionsmerkmale auf; zwar wurden vom Luftdruck einige leere Wagen aus dem Gleis gehoben und die schon erwähnte Staubschicht in der Sohlenstrecke Flöz 9 verblasen, sonst aber nichts. Keine Hitzespuren, gar nichts, obwohl dahinter Kohlenwagen standen und infolge ständiger Förderung aus Revier 1 genügend Kohlenstaub abgelagert war.

Aus dem Bezirk Köln.

Die „nationalen“ Arbeiter.

Ein Belegschaftsmitglied des Hubertus-Konzerns schreibt uns:

In der „Bergbau-Industrie“ wurde in Nr. 52 vom 27. Dezember 1930 ein Artikel veröffentlicht, in welchem nachgewiesen wurde, daß die „nationalen“ Gewerkschaft „Der deutsche Arbeiter“ vom Bergbaulichen Verein gegründet wurde und unterstützt wird. Es ist erfreulich, daß dieser Artikel erschien und den Arbeitern klarmachte, was Geistes Kind dieser Verband ist. Dieser Verband verstand sich nämlich jetzt auch im Hubertus-Konzern auszubreiten und es ist charakteristisch, wenn man sieht, daß die Verträge hierzu erst unternommen wurden, als ein bestimmter „nationaler“ Herr in die Verwaltung der Hubertus-WG. eingezogen war. „Stahlhelm“ und „nationaler Verband“ ist jetzt hier die Parole für all diejenigen, die man im Sprachgebrauch als „Duckmäuler“ oder „Schmaroger“ bezeichnet. Wenn man im allgemeinen von einem Gewerkschaftsfunktionär spricht, versteht man darunter immer solche Arbeiter, die nicht nur den Mut haben, für sich selbst, sondern auch für ihre Mitarbeiter und Kollegen deren Rechte zu verteidigen. Bei den Funktionären des „Deutschen Arbeiters“ aber ist hiervon nichts zu bemerken, sondern nur das Gegenteil. Nun ist diesen Leuten in letzter Zeit der Ramm zeichnung und zwar deshalb, weil in einer ihrer Zeitungen ein Artikel erschien, in welchem nachgewiesen werden sollte, daß ihr Verband tariffähig wäre, wie durch ein Arbeitsgerichtsurteil ausdrücklich festgestellt worden ist. Was ist hierzu zu sagen?

Eine der wichtigsten Voraussetzungen der Tariffähigkeit einer Organisation ist die soziale Gegenwart (Kastel). Die Organisation muß also in einer sozialen Gegenwart zur andern Seite stehen. (Arbeiter gegen Arbeitgeber.) Sie muß weiter geeignet sein, einen Arbeitskämpf zu führen. Dieses ist vor allem daran erkennbar, daß sie in rechtlicher, tatsächlicher und politischer Beziehung unabhängig ist. Auch nach den mehrmaligen Feststellungen des Reichsarbeitsgerichts muß eine tariffähige Organisation folgende Voraussetzungen erfüllen:

Wie ist das möglich? Anders nicht, als daß sich die Explosion aus vorstehenden Gründen in die Firste hineingeschlagen hatte, sie herunterdrückte und erst halt fand durch nicht mehr zu bewältigende Gebirgsmassen und den entwickelten Steinfall. Das zu wissen ist wichtig für die Beurteilung anderer Vorgänge.

Durch diese Brücke und das Zerstören der Wetterführung wurde die Wetterführung des Unterwerksbaues Revier 10 unterbrochen. Langsam verbreiteten sich die Nachschwaden durch den Unterwerksbau und ein furchtbares Drama begann. Ein Massengrab entstand, nur wenige konnten sich retten. Aus besonderen Gründen müssen wir später einen Ueberlebenden zu Wort kommen lassen.

Diese Brücke verhinderten aber gleichzeitig Unheil in den dahinter liegenden Revieren 1 und 7, denn die Nachschwaden konnten sich nur langsam nach dahin ausbreiten und verloren dadurch an Dichte und Giftgehalt. Um so gefährlicher wurde der Wetterzug durch den 1. nördlichen Abteilungsquerschlag nach dem

Revier 9.

Zwar war ja die östliche Richtstrecke auch durch Brücke unterbrochen, aber der kürzere Weg zum Wettertschacht Anna III tat nun seine Wirkung. Telle dieses Reviers wurden von den dichten Nachschwaden erfasst. Acht bis zehn Kameraden dieses Reviers, darunter auch der Reviersteiger, blieben auf der Strecke. Es handelt sich um jenes Revier, wo die Führenden keinen Fluchtweg finden konnten. Bemerkenswert ist, daß die Wettertschacht zwar von Anna III angefangen wurden, ferner aber auch Streckenverbindungen mit Anna I

vorhanden waren. In diesem Revier wurde auch noch nach anderthalb Tagen der Verbandskamerad Corr in einer alten Strecke, wo er sich mit mehreren Kameraden festgelaufen hatte, vom Kameraden Ciel vorgefunden und geborgen. Die anderen lagen tot neben ihm.

Die Merkmale mehrerer Explosionsschläge

in den beiden Richtstrecken werden sich zuverlässig auch nicht klären lassen. Eine Wirkung der sogenannten Rückschläge zeigt sich ausgeprägt nur dort, wo ein Rückschlag auch möglich ist. Das sind die Baue mit nur einem Ausgange, aus dem die Explosion herausgeschlagen ist. Die durch die Explosionsstöße erzeugte Luftverdünnung in diesem Bau bedingt nachher den Rückschlag, d. h. den Rückgang des normalen atmosphärischen Luftdrucks. In durchgehenden Grubenräumen bzw. Strecken saugt die fortlaufende Explosion die Luft hinter sich sofort wieder an, d. h. der luftverdünnte Raum wird von der rückwärtigen Seite, also in der Stoßrichtung der Explosion wieder nachgefüllt. Das gilt auch für die Luftwellen außerhalb des Explosionsfeldes, und so war es erklärlich, daß Ueberlebende, besonders im Falle Alsdorf, nur einen Explosions- bzw. Luftstoß, d. h. nur in einer Richtung verspürt haben.

Allerdings lauteten die Befundungen der Ueberlebenden fast einstimmig, daß man nur einen Explosionsschlag gehört habe, und zwar meist einen dumpfen, in wenigen Fällen einen scharfen Knall. Man muß aber in Rechnung stellen, daß die Betroffenen nur die ihnen zugekehrte Seite der Explosion vernommen haben. Die Belegschaften der weit abseits liegenden Reviere haben überhaupt keinen Schlag, sondern nur einen Luftstoß verspürt, viele davon überhaupt nichts. Es ist so, daß sich Knall- und Luftwellen oft schon nach 1000 Meter Entfernungen in den Streckenrümmungen und -verzweigungen totlaufen. Jene, die sich im Zentrum der Explosion befanden und Auskunft geben könnten, sind stumm.

Eine Grubenexplosion treibt einen Luftstoß vor sich her, der naturgemäß in benachbarte, durchlöcherete Grubenbaue hineinwirkt. Dadurch wird das dort stehende Methan teilweise hinausgedrückt und zu Schlagwettern gemischt. Dasselbe Wirkung erzielt also für die rückwärtige Saugwirkung der Explosion. So werden die Schlagwetter in den Betriebsbauen vermehrt und erneuert. Nur auf diese Art ist das Hin- und Herflattern der Explosion bzw. die gegenseitigen Explosionsrichtungen zu erklären. (Fortsetzung folgt.)

1. Es muß eine vereinsgemäße Organisation vorhanden sein.
2. Die Organisation darf sich nur aus Arbeitnehmern zusammensetzen.
3. Ihr Zweck muß ein wirtschaftlicher sein.
4. Es muß finanzielle und geistige Unabhängigkeit vom Arbeitgeber bestehen.

Da nun der „Deutsche Arbeiter“ nicht nur von Arbeitgebern gegründet wurde, sondern auch von diesen finanziell unterstützt wird, liegt hier eine soziale Gegenwart überhaaupt nicht vor, die wichtigste Voraussetzung für die Tariffähigkeit besteht also für diesen Verband nicht. Und wenn nun trotzdem ein Arbeitsgericht ein entgegengesprechendes Urteil fällt, so ist dieses eben ein Fehlurteil, wie deren ja schon sehr viele gefällt wurden. Dieses zeigt aber auch wieder deutlich, daß Rechte- und Verfassungsfragen eben Machtfragen sind, wie dies schon Casselle erkannt und ausgesprochen hat. Je stärker nun die wirklichen Gewerkschaften der Arbeiter sind, um so stärker wird auch ihr Einfluß auf das Wirtschafts- und Rechtsleben sein.

Wenn die gelben „Gewerkschafter“ auf Hubertus nun glauben, daß durch jenes Fehlurteil ihre Position gestärkt wäre, so sollten sie sich hierin schwer täuschen, denn jeder vernünftige Arbeiter sieht nicht nur auf die Worte, sondern vor allem auf die Taten, nicht nur auf die der Führer allein, sondern auch auf die der Funktionäre. Und daß diese Taten sehr übel ausfallen, wissen ja die betreffenden Funktionäre selbst. Sie werden nämlich von keinem einzigen, auch nicht von ihren eigenen Mitgliedern, ernst genommen und keinem von ihnen würde man zumuten, die Rechte der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten. Sämtliche Belegschaftsmitglieder wissen auch, daß ihre Rechte am besten in den Händen der Funktionäre der freien Gewerkschaft, dem Verband der Bergbauindustriearbeiter, aufgehoben sind. Hier wird nämlich auch nach den Taten und nicht den Worten gerichtet. Zu einer Gefahr für die freien Gewerkschaften wird der „Deutsche Arbeiter“ nie werden, dafür werden schon seine Funktionäre selbst durch ihre Taten sorgen. Ihre mit allen unmöglichen Versprechungen gewonnenen Mitglieder werden ihnen wieder abspringen, sobald sie einsehen, was Geistes Kind dieser Verband ist.

Aus dem Ruhrgebiet.

Kündigung des Manteltarifs.

Die Zechenbesitzer haben den Manteltarif gekündigt. Ihre Forderungen auf Abänderung sind noch nicht bekannt. Da jedoch anzunehmen ist, daß sie freiwillig Verbesserungen einführen wollen, raten wir, soweit als möglich unsere Reihen stärken zu helfen, damit wir stark genug sind, um Forderungen auf Verschlechterung abzuwehren zu können.

Die Gruben sicherheitskommission

beim Oberbergamt in Dortmund trat am 31. März zu einer Beratung zusammen. Der bisherige Vorsitzende, Oberbergamtsdirektor Schlattmann, ist zum Berghauptmann in Breslau ernannt und verabschiedete sich in der Sitzung. Sein Nachfolger als Generalpolizeidirektor in Dortmund, Oberbergamt und Vorsitzender der Grubensicherheitskommission ist Oberbergamt Ralte.

Die Kommission befaßte sich zunächst mit den Unfallstatistiken. Die Unfälle sind im Jahre 1930 im Oberbergamtsbezirk weiter zurückgegangen und zwar bei angemessenen Unfällen in der Verhältniszahl pro 1000 Mann von 205,36 im Jahre 1929 auf 185,0 im Jahre 1930, bei tödlichen Unfällen von 2,03 auf 1,87. Damit haben die tödlichen Unfälle einen niedrigen Stand erreicht, wie er seit etwa 35 Jahren noch nicht zu verzeichnen war. Die Unfälle sind in der Zahl der Verletzten gegenüber einer Erhöhung. Das ist auf die erhöhte Unfallgefahr durch Mechanisierung zurückzuführen, die Unfälle werden dadurch schwerer. Wir werden darauf in nächster Zeit besonders zurückkommen.

Alsdann wurden die hohen Unfallziffern im Bergrevier Hamn besprochen. Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission hat dieserhalb eine Grube im Revier Hamn befahren. Das Ergebnis dieser Befahrung war, daß auf dieser Grube insbesondere die Unfälle durch Stein- und Kohlenfall sowie in schiefligen Strecken den Durchschnitt des Oberbergamtsbezirks überragen. Von unserer Seite wurde ohne Widerspruch festgestellt, daß die höheren Unfallziffern des Bergreviers Hamn nicht nur in besonders schlechten Bergverhältnissen zu suchen sind, denn auch über Tage passierten im Bergrevier Hamn mehrere Unfälle, als der Durchschnitt des Oberbergamtsbezirks beträgt.

Der bisherige Vorsitzende, jetziger Berghauptmann Schlattmann, berichtete dann noch über Maßnahmen zur Bekämpfung des Staubes. Hierfür komme hauptsächlich der Bohrstaub, aber auch andere Staubarten in Frage. Auch sollte die Gefährlichkeit des Kohlenstaubes nochmals überprüft werden. Es wurde weiter berichtet über den Wassereintritt auf der Zeche Engelsburg in Bochum und den Kohlenbrand auf der Zeche Neumühl, der durch maschinelle Schrämarbeit entstanden ist.

Die Zusammenfügung der Kommission muß alle vier Jahre neu erfolgen. Das ist auch jetzt wieder der Fall und die Sitzung fand am letzten Tage der verfloßenen Periode statt. Die Neubenennung der Mitglieder durch den Minister ist bereits erfolgt. Die Arbeitgeber sind mit einer neuen Personengarnitur hinzugerückt. Bergassessor Andre, Direktor der Grube Radbod bei Hamn, ist ausgeschieden. Unsere Leser werden sich der Vorgänge gelegentlich einer Strafgerichtsverhandlung gegen den Betriebsführer der Zeche de Wendel entsinnen. Dort ist Andre als Sachverständiger in einer geradezu gehässigen Art und Weise gegen die Bergbehörde aufgetreten. In letzter Zeit sind auch noch auf der ihm unterstellten Grube Vorgänge passiert, die wahrscheinlich zur Erschütterung seiner Stellung in der Grubensicherheitskommission mit beigetragen haben. Wenn er nunmehr zurücktritt, dann gibt es dafür eine volkstümliche Redewendung: „Er wurde zurückgetreten“. Der Zechenverband wird das weitere Verbleiben Andre in der Kommission für nicht mehr als tragbar ansehen haben. Wenn auch sein Kollege, der Bergmeister Wisemann, von der Zeche Einsler gleichzeitig zurückgetreten ist, dann wohl aus Kollegialität oder um die Sache weniger auffällig erscheinen zu lassen.

Andre konnte es nicht unterlassen, in der letzten Sitzung nochmals seinen gehässig-aggressiven Charakter leuchten zu lassen. Insbesondere ließ er seine Wut aus am Kameraden Otter und dem Redakteur Rütten vom christlichen Gewerksverein (letztterer fehlte entschuldigt). Andre verlangte Ritterlichkeit bei angetanem Unrecht. Ausgerechnet Andre, ein Mann, den das Schicksal in übler Laune aus persönlichen Gehässigkeiten zusammengefügt hat. Lebt er wohl!

Die neuen Vertreter der Arbeitgeber in der Grubensicherheitskommission sind: Bergwerksdirektor Gehler (Stellvertreter: Bergwerksdirektor Bruch) und Bergwerksdirektor Dr. Benithaus (Stellvertreter: Bergwerksdirektor Wiffelmann).

Der Gesamtauschuß für die Treuhandstellen gebildet.

Der im Geheiß über Bergmannswohnungen vom 10. März 1930 vorgesehene Gesamtauschuß ist gebildet und hat sich in seiner Sitzung vom 27. März d. J. konstituiert. Die Geschäftsführung liegt beim Reichsverband der deutschen Industrie (Fachgruppe Bergbau), Berlin, Viktorienstraße 30 II. Alle Zuschriften, soweit sie auf die Treuhandstellen für Bergmannswohnstätten für die Stein- und Braunkohlenbezirke Bezug nehmen, sind an vorgenannte Adresse zu senden. Die Aufgaben des Gesamtauschusses gehen aus § 5 Abs. 3 des Gesetzes über Bergmannswohnungen vom 10. März 1930 hervor. Auf den Gesamtauschuß sind im wesentlichen die Befugnisse, die nach den Bestimmungen über die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln zur Errichtung von Bergmannswohnungen vom 21. Januar 1920 der Reichsarbeitsgemeinschaft oblagen, übertragen.

40 Jahre Verbandsmitglied!

Unser treuer Kämpfer, Kamerad Friedrich Beulmann (Zahlstelle Kallehardt), konnte am 1. März auf eine vierzigjährige Mitgliedschaft zurückblicken. Unser Fröh ist es gewesen, der an dem Aufbau unserer Organisation mitgewirkt hat. So arbeitet er heute noch in agitatorischer Hinsicht für den Verband. Möge er allen ein leuchtendes Beispiel sein!

Aus dem Bezirk Aachen.

Lohnschiedspruch verbindlich.

Der Schiedspruch für das Aachener Revier, welcher einen Lohnabbau von 6 Prozent vorsieht, ist verbindlich erklärt. Damit ist auch dem Wurmrevier die Bitternis des Lohnabbaues, welchen die anderen Reviere schon längst hinter sich haben, auferlegt worden. Die Gewerkschaften haben alles in dieser Zeit mögliche getan, um den Lohnabbau abzuwehren und sie werden alles tun, was geeignet erscheint, die Lage der Bergarbeiter auch im hiesigen Revier auf der gleichen Höhe zu halten oder zu verbessern. Dazu ist aber notwendig, daß der Bergarbeiterschaft

immer wieder gesagt wird und sie es immer mehr erkennt, daß ihre Rettung nicht in der Zerstörung der Organisationen zu suchen ist, sondern daß nur eine einzige, festgeschlossene und kompakte Masse dem Unternehmer die Stirn bieten kann.

Gesamtergebnis der Betriebsratswahlen.

Die Wahlen im hiesigen Bergbau zeigten ein leichtes Anwachsen der radikalen Stimmen, sie zeigten aber auch, daß der Bestand der Gewerkschaften fast gar nicht angegriffen worden ist. Die Verteilung bei der Mandatsverteilung zugunsten der RGO-Listen zeigten für diese einen Zuwachs von 3 Mandaten.

Betrieb	Jahre		Christliche		RGO	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Wald	398	401	774	6 456	2	982
Anna	1076	5 613	2317	16 2081	9	1125
Caritas Marius	318	2 326	385	6 926	6	967
Christlicher Verein	777	6 050	341	2 280	2	873
Wald	966	7 725	663	5 582	1	441
Carl Alexander	1-2	1 255	2 670	5 969	8	924
Sauerweg	119	3 499	780	6 762	6	511
Maria	125	2 350	2 790	5 771	6	1288
Sophia-Jakoba	308	3 351	3 361	3 223	1	712
Zukunft	450	1 492	6 616	7 358	5	—
Sauerberg	—	2 64	2 154	5 112	5	—
Schütter & Schütter	120	6 150	6	—	—	—
	5530	14 4819	41 8321	69 8053	50	7386
	720	—	—	270	1	—

* Ergebnis der Novemberwahlen 1930.

Außerdem entfielen auf Sophia-Jakoba im Jahre 1930 für die Gelben 282 Stimmen (2 Mandate), im Jahre 1931 auf Carl Alexander 178 Stimmen, auf Maria 248 Stimmen (1 Mandat).

Aus dem Saarrevier.

Jahreskonferenz.

Die Jahreskonferenz des Saarreviers fand am 2. März in Saarbrücken statt. Kamerad Schwarz gedachte zunächst der vielen Opfer, die der Bergbau 1930 gefordert hat, 560 im deutschen Bergbau, davon 108 im Saarrevier durch Massenunfälle. Gestorben sind 1930 108 Verbandsmitglieder. Schwarz gedachte auch ehrend des verstorbenen Reichsanwalters a. D. Hermann Müller, dessen kluger Politik das Saargebiet viel zu verdanken habe.

In seinem Geschäftsbericht bedauerte Schwarz das vorläufige Scheitern der Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes. Auf verschiedenen Gruben, so auf Wörsen und Camélet, wird immer noch von Beamten für den Saarbund gearbeitet, wobei sich eine regelrechte Güntlingswirtschaft herausgebildet hat. Auch der Zwang auf Bergarbeiter, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken, wird noch immer geübt.

Zur Wirtschaftslage an der Saar wies Schwarz auf die zunehmende Nationalisierung hin. Im Jahre 1925 wurden bei 286,19 Arbeitstagen und 72 583 Arbeitern 12,9 Mill. T. gefördert. Im Jahre 1930 war die Belegschaft um 15 381 geringer, trotzdem wurden bei nur 282,77 Arbeitstagen 13,3 Mill. T. gefördert. Im benachbarten Lothringen ist die Förderung gegenüber der Vorkriegszeit um 60,5 Prozent gestiegen, die einziehende Krise brachte auch dort Arbeitsentlassungen und Lohnherabsetzungen.

In sozialpolitischen Fragen konnten 1930 einige Verbesserungen durchgesetzt werden. Ab 1. April sind alle auf den Gruben beschäftigten Arbeiter der Pensionskasse zugeführt. Verbesserungen erfolgten in der Familienkrankenkasse für Aktive sowie Invaliden und ihre Angehörigen. Die Abwehr des Verbandes gegen das Bestreben der Regierungskommission, die Krankenkassenbezüge zu verkleinern, hatte Erfolg. Es gelang, das volle Krankengeld bei Krankenhausbehandlung zu erhalten und eine prozentuale Beteiligung der Arbeiter an den Arzneikosten abzuwehren. Der Ausfall des Krankengeldes an Sonn- und Feiertagen wurde durch eine Erhöhung des Grundlohnes von 30 auf 34 Frank und damit eine Erhöhung des Krankengeldes um 2 Frank ausgeglichen. Das Sterbegeld erhöhte sich in der höchsten Gruppe von 900 auf 1020 Frank.

Der Rechtschutz des Verbandes zeitigte günstige Erfolge. Allein in 13 Fällen, die Schwarz nannte, wurden 59 000 Frank erstritten.

Die Mitgliederzahl ist infolge der Belegschaftsverminderung teilweise auch durch die Zersplitterungsarbeit der RGO, etwas zurückgegangen. Neuzutritte und Uebertritte waren 10 394 zu verzeichnen.

Eine Vereinbarung mit dem lothringischen Bergarbeiterverband regelte die gegenseitigen Beziehungen in bezug auf die Organisierung und Vertretung der Rechte der Mitglieder. Die Zersplitterungsarbeit der RGO, hatte nur geringen Erfolg. Nur in neun Ortsverwaltungen von 275 erfolgte Besetzung mit Kommunisten. Die Jugendbewegung des Verbandes war sehr rührig, sie wächst leider nicht, weil junge Arbeiter nicht mehr angeleitet werden. 220 Verbandsfunktionäre konnten an Wochenrufen teilnehmen. Teilwahlen brachten dem Verband nennenswerten Erfolg. Bei Ersatzwahlen zu dem Berggewerbergericht erzielte der Verband 14 153 Stimmen und 8 Mandate, bei Sicherheitsmännerwahlen unter sechs bewerbenden Organisationen 17 627 oder 43,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Mit der Mandatsziffer stand der Verband mit 132 Mandaten oder 44,1 Prozent an der Spitze aller Organisationen, trotzdem er gegen verschiedene Fronten kämpfen mußte.

Mit dem Dank an die Funktionäre für ihre im Interesse der Gesamtheit geleistete Arbeit schloß Schwarz seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht.

Anschließend referierte Bezirkskassierer Deller über das Kassennutzen und führte unter anderem folgendes aus:

Wie aus dem vorgelegten schriftlichen Bericht ersichtlich ist, haben wir im vergangenen Jahre eine Mehreinnahme aus Beiträgen von 26 721 Fr. gegenüber dem Jahre 1929. Das ist ein Beweis dafür, daß meiner Mahnung auf der Jahreskonferenz im März 1929, den statutarischen Beitrag zu zahlen, Folge geleistet wurde. Das Ergebnis ist in erster Linie mit dem Verdienst unserer Funktionäre, die keine Mühe und Arbeit gespart haben, die Mitglieder von der Notwendigkeit der Zahlung des statutarischen Beitrages zu überzeugen. Für diese tatkräftige, selbstlose und freundliche Mitarbeit gebührt den Funktionären Dank und Anerkennung! Es ist zu wünschen, daß sie auch in Zukunft freudig ihre Pflicht tun.

In Anbetracht der Lage und der finanziellen Verhältnisse wurden dann vom Kameraden Deller Vorschläge unterbreitet, die alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben auf ein Mindestmaß beschränken, um auch in dieser Krisenzeit die finanziellen Schlagkraft der Organisation zu erhalten. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Dann wies Kamerad Deller noch auf die verteilten Prospekte der Arbeiterbank hin und erläuterte Ziel und Zweck der Arbeiterbank mit der Aufforderung an die Delegierten, mehr wie bisher das Institut der freien

Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen und brachliegende Ortskassengelder anzulegen.

Zum Schluß forderte er auf, auch in der Folgezeit mit klarem Blick den Ernst der Zeit zu erkennen, unerschütterlich im Glauben an die Organisation in der Zukunft wie in der Vergangenheit, trotz alledem.

Die Konferenz erteilte dem Bezirksleiter und dem Bezirkskassierer einstimmig Entlastung. In die Bezirkskommission wurden auf Vorschlag der Geschäftsstellenkonferenzen gewählt die Kameraden: Hermann Emlich (Waldmühl), Mathias Börgen (Engelsfangen), Franz Kühn (Schwalbach), Karl Sezin (Neunkirchen), als Ersatzleute: Franz Kühn (Wersweiler), Kaspar Fester (Ludwigsweiler).

Auf Vorschlag der Sicherheitsmännerkonferenz die Sicherheitsmänner als Mitglieder: Johann Schuster (Ludwigsweiler), Ernst Becker (Kerlsweiler), Philipp Prinz (Kufshütte), Peter Schmidt (Waldstock), als Ersatzleute: Martin Brück (Grenweiler), Otto Daub (St. Ingbert), Alois Mann (Emsdorf), Robert Schmidt (Cluzersberg). In die Revisionskommission wurden gewählt: Konrad Schwenk (Wersweiler), Fritz Stemmler (Niederwürzbach), Otto Berkle (Schiffweiler).

An der Debatte beteiligten sich acht Kameraden aller Geschäftsstellen sowie ein Jugendredner. Gefordert wurden: mehr Rechte der Arbeiterschlichtung über Tage und der Sicherheitsmänner. Kritisiert wurde, daß die Gehälter der höheren Beamten im Gegensatz zu den Löhnen der Bergarbeiter nicht gekürzt würden. Trotz 25 Prozent Belegschaftsabbau wurde das Beamtengehalt nicht vermindert. Besonders wurde die Güntlingswirtschaft zugunsten des Saarbundes und die Belegschaft durch die Agenten der französischen Schule kritisiert. Begrüßt wurde die Vereinbarung mit dem lothringischen Verband, zurückgewiesen die verkehrswirtschaftliche Agitation der RGO, Richtlinien zur Sanierung der Kassenverhältnisse wurden einstimmig angenommen, ebenso die folgende

Entscheidung:

„Die am 21. März 1931 im „Ludwigsparke“ in Saarbrücken tagende Jahreskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saarbrücken), wendet sich gegen die geplante Stilllegung von Gruben und erwartet von der Generaldirektion, daß bei Durchführung der geplanten Maßnahmen allen Bergarbeitern ihre Arbeitsstätte erhalten bleibt. Die Konferenz protestiert dagegen, daß auf verschiedenen Gruben einzelne Beamte ihre Stellung mißbrauchen, um für den Saarbund und die französische Schule zu werben. Die Konferenz hält solche Maßnahmen des französischen Staates als Unannehmlichkeiten für unwürdig und verlangt von der Generaldirektion, daß sie solche Beamten abwies, ihr Augenmerk mehr auf die Betriebsaufgaben und Sicherheit der Gruben zu lenken.“

Die freigeworfenen Saarbergarbeiter lehnen es ab, sich ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit von Grubenbeamten beeinträchtigen zu lassen.

Die Delegierten der Revierkonferenz bringen zum Ausdruck, daß sie sich weder von den Agitatoren des gelben Saarbundes noch von denselben des scheinradikalen kommunistischen „Einheitsverbandes“ von ihrem gewerkschaftlichen Wege im Interesse der Saarbergarbeiter abbringen lassen.

Die Konferenz ersucht alle auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Bergarbeiter, die Reihen des Verbandes zu stärken und in Treue zu demselben zu halten. Die heutige Zeit der Not erfordert zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben die Einheit und Schlagkraft unserer Bergarbeiterorganisation.“

Mit einem Dank an die Funktionäre und mit einem Hoch auf den Verband konnte der Konferenzleiter Kamerad Michely nach siebenstündiger Dauer die gutverlaufene Konferenz schließen.

Dankfagung. Für die überaus reiche Spende von 1102 Fr., gesammelt von den Kameraden der Grube Mellin aus Anlaß des tödlichen Unfalles meines Mannes, allen edlen Spendern meinen herzlichsten Dank! Witwe August Cattarius (Sulzbach).

Dankfagung. Allen Kameraden von Grube Altenwald meinen herzlichsten Dank für die reiche Spende von 974,50 Fr., die sie aus Anlaß des tödlichen Unfalles meines Mannes vorgenommen haben. Witwe Richard Friedrich (Altenwald).

Dankfagung. Die Sammlung der Abteilung 6, Grube Heinh (Saargebiet), ergab 797,50 Fr. und 2,50 M. für meinen am 12. Februar 1931 verunglückten Mann, August Oberheim aus Vogelbach. Ich spreche allen Spendern meinen herzlichsten Dank aus. Frau August Oberheim.

Dankfagung. Aus Anlaß des Todes meines Mannes, Karl Dörr, wurde mir von der Belegschaft der Grube Steinbach (Saar) der Betrag von 686 Fr. überwiesen. Allen Spendern meinen herzlichsten Dank. Witwe Karl Dörr, Heusweiler (Saar).

Dankfagung. Von einer Sammlung der Belegschaft der Grube Biefeld anlässlich des Unglücks meines Mannes erhielt ich den Betrag von 1550,90 Fr. Allen Gebern herzlichsten Dank! Witwe Peter Meyne, Hüchtersfeld.

Aus Mitteldeutschland.

Die RGO im Kalirevier.

Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Diese Worte von Wilhelm Busch mögen der RGO, in den Ohren gellenden haben bei Bekanntwerden der letzten Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und Kaligewaltigen. Es sind noch keine zwei Monate her, als die russischen Sendlinge wie Schlaß und Leuna-Schmitt die Bergarbeiter Mitteldeutschlands für die RGO reißpuffen wollten. Zwieman haben sie es auch in Kassel versucht, mit großem Reklametamt und unter Mithilfe der kommunistischen „Größen“ Versammlungen einzuberufen. Die Versammlungen brachten nicht stattzufinden, da es unsere Mitglieder vorgezogen hatten, die Phrasendrescher allein zu lassen.

Kameraden! Was hat man uns vorgezwängt? Anfang Dezember, als noch kein Mensch an Verhandlungen dachte, wurde uns schon von diesen Sendlingen erzählt, daß die Gewerkschaftsbeamten die Kaliarbeiter verraten und mit dem Arbeitgeber einen Lohnabbau von 12 Prozent vereinbart hätten; große Entlassungen ständen in aller nächster Zeit bevor. „Schließt euch der RGO an, nur die kann euch retten!“ Vielleicht war der Wunsch der Vater des Gedankens.

Aber die RGO, schwindelte und unsere Verbandsvertreter handelten. Verlängerung der bestehenden Verträge und kleine Verbesserungen waren der Erfolg. Das alles im Zeichen des allgemeinen Lohnabbaues. Unsere Kaliarbeiter sind viel zu vernünftig, um sich von solchen verantwortungslosen Elementen angeleitet der vollen Lüge und der Abzugsforderung auszulassen zu lassen. Die erhofften Vorparaden für die RGO, blieben aus. So war der Erfolg möglich. Die Gewerkschaften werden auch in Zukunft die Route beibehalten, die zu unserm Nutzen dient, unbekümmert des Geflusses der RGO.

Darum, Kameraden, weist diese Maulhelden auch in Zukunft zurück und bewahrt eurem Bergarbeiterverband die Treue. Nur dann, aber auch nur dann, wird es uns möglich sein, unser ferneres Los mitzubestimmen.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Bleicherode. Am 15. März verschied unser Mit-

Zahlstelle Cösterleben. Am 18. März starb unser Kamerad

Zahlstelle Hahlsch. Am 9. März hat unser Kamerad

Zahlstelle Kellersberg. Am 14. März starb unser Kamerad

Zahlstelle Meura. Unerwartet wurde unser alter Kamerad

Zahlstelle Pöhlau. Am 2. März starb unser Kamerad

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co.

Das Ende der Reparationen. Von Hjalmar Schacht,

Das Buch enttäuscht. Was darin steht, verrät politische

Weiterleuchten der Revolution. Von Eva Broido. Memoiren

In dem Vorwort zu dem Buch nennt Alexander Stein diese

Katarrhen der Atmungsorgane. Verschleimung, Grippe.

Henkel's Grundsatz allezeit: Sitte und Vollkommenheit!



Trotz Filmverbot geben wir in Buchform heraus den Film:

Im Westen nichts Neues

mit etwa 200 Bildern aus dem verbotenen Film. Für unsere Mitglieder statt Mk. 2,85 nur Mk. 1,50.

Vollständig kostenlos erhalten Sie unseren Subkatalog mit vielen günstigen

Thüringer Goldglöckchen,

die früheste gelbfleischige Delikatess-Kartoffel. Goldglöckchen ist nicht nur die früheste, sondern auch

Empfehlenswerte Schriften.

Gegen Spaltplage, RKO, Kaiserleute, Nazis. Eine kurze

Wer hat den Rhein besetzt? Von Viktor Schifff. Eine

Film und Funf. Protokoll der Verhandlungen von Sozial-

Kasser und Schwäger. Eine kleine Agitationschrift gegen

Die Frau im dritten Reich. Von Staatsanwalt Dr. W.

Armenien 1915. Von Heinrich Bierbücher. Erschienen

Schluss des redaktionellen Teils.

Togal unübertroffen bei Rheuma / Gicht Kopfschmerzen

Unter Tage ist ein guter Begleiter der wüργige und billige GEG Kautabak

Billige böhmische Bettfedern Nur reine gutgefüllte Sorten.

10 Edelrofen 3.- RM. in den schönsten Sorten mit Namen- u. Aufbrennschildern.

Die Frau... Vorsicht ist besser... Bücher sind Freunde!

Reklamepreis! Nur 4 M. Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klöse

Ohne Geld vorher einstuftend, erhalten Sie... Herbert Kluthe, Uhren-Versand, Berlin SW 11

ausreichend für Herren-Damen-Kinder-Kleider enorm billig!

Ziehung 19.-22. April Volkswohl-Lotterie 61178 Gewinne und Hupgew., 2 Fr. = Rm.

Bettmässen Befreiung sofort. Ausk. umsonst. Alter u. Geschl. angeh. Dr. med.

Hand-Kastenwagen Preisliste frei! 100 cm lang, 1-5 Zentner Tragkraft

Handnä-ahle Wichtig Steppstiche wie die Nähmaschine, darf in keinem Haushalt fehlen

Bei Asthma verschleimung, Grippe, veraltetem Husten u. Heiserkeit

Henkel's Grundsatz allezeit: Sitte und Vollkommenheit!

Trotz Filmverbot geben wir in Buchform heraus den Film: Im Westen nichts Neues

Vollständig kostenlos erhalten Sie unseren Subkatalog mit vielen günstigen

Thüringer Goldglöckchen, die früheste gelbfleischige Delikatess-Kartoffel.

Großer Preisabbau in neuen Gänsefedern mit Daunen, doppelt gereinigt.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre Gute Taschenuhr nur M. 2,70

Für unsere Betriebsräte! Betriebsrätegelebk mit den einschlägigen Neben-

Sächsische Bettfedern- Fabrik P. Hoyer, Delitzsch 79

Bettmässen Befreiung sofort. Ausk. umsonst.

Millionen v. Polen und Ostbäumen liegen in betriebsreife Güte die

Handnä-ahle Wichtig Steppstiche wie die Nähmaschine, darf in keinem Haushalt fehlen

Lungenfranke und ihre Helfer leben beglückt die er-

Heeresgut Behördenwaren usw., gut erhalten

PREISABBAU - Neue Gänsefedern Mit Daunen, doppelt gereinigt

Ohne Geld vorher einstuftend, erhalten Sie... Herbert Kluthe, Uhren-Versand, Berlin SW 11

Ohne Geld vorher einstuftend, erhalten Sie... Herbert Kluthe, Uhren-Versand, Berlin SW 11